

## Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

#### **PROTOKOLL**

Sitzung Nr. 3

Dienstag, 18. Februar 2020

18:00 - 20:37 Uhr

Grossratssaal der Rathauslaube Genehmigt am: 11. März 2020

Vorsitz: Nicole Herren FDP

Protokoll: Sandra Ehrat Ratssekretärin

Stimmenzählende: Jeanette Grüninger (im Amt an dieser Sitzung) SP

Michael Mundt (im Amt an dieser Sitzung)

Angela Penkov

Kurt Reuter

SVP

Anwesend: Von total 36 Mitgliedern:

Ratspräsidentin und 33 Mitglieder

Entschuldigt:

Ganze Sitzung: Res Hauser JFSH

Stephan P. Schlatter FDP

Schluss der Sitzung: Dr. Nathalie Zumstein CVP

Matthias Frick AL

## **TRAKTANDEN**

1 Motion Christian Ulmer (SP) vom 17. September 2019: Seite 9

Grosser Stadtrat zurück zu alter Stärke: 50 statt 36

Mitglieder

2 Postulat Monika Lacher (SP) vom 3. September 2019: Seite 22

Attraktivierung des Walther-Bringolf-Platzes

3 Postulat René Schmidt (GLP) vom 3. September 2019: Seite 32

SH POWER Stromprodukte nur noch aus 100%

erneuerbaren Energien

## PENDENTE GESCHÄFTE 2019/2020

VdSR, Interpellationen, Postulate, Kleine Anfragen, Diverses Eingang Nr., Von, Titel des Geschäfts		
<u>VdSR</u>		
	VdSR: Entwicklung Kammgarn	11-er SPK
12.11.2019	VdSR: Duraduct mit Lift, Planungskredit (Agglomerationsprogramm 1, Massnahme 33)	FK Bau
14.11.2019	VdSR: Revision der Verordnung über die Gebühren im Baubewilligungsverfahren (RSS 780.1)	GPK
26.11.2019	VdSR: Neubau Hallenbad der "KSS" Schaffhausen, Grundsatzentscheid und Kredit für Planungsgrund- lagen	FK Bau
17.12.2019	VdSR: Zukunft "Soziales Wohnen": Abgabe der Teil-Grundstücke GB Nr. 3520 und GB Nr. 3643 im Baurecht sowie Gewährung eines einmaligen Investitionsbeitrags von 600'000 Franken an die Stiftung Summerwis	9-er SPK
17.12.2019	VdSR: Verordnung über den Versorgungsauftrag an die Städtischen Werke Schaffhausen (SH POWER) betreffend die Versorgung der Stadt Schaffhausen mit Wärme und Kälte	GPK
14.01.2020	VdSR: Bericht über die hängigen Motionen und Postulate inkl. Beilagen	GPK
21.01.2020	VdSR: Gassa - Restaurant am Rhein und Platz- aufwertung	
<u>Motionen</u>		
17.12.2019	Nr. 4: Motion Mariano Fioretti (SVP): Schluss mit der Verlegung von Bushaltestellen aus Nischen auf die Fahrbahn!	
17.12.2019	Nr. 5: Motion Matthias Frick (AL): Ausbau der Volksrechte: Volkspostulat	
Interpellationen		
	Nr. 1: Interpellation René Schmidt (GLP): Voraussetzungen für Wasserstoff-Tankstellen klären	
_		

## <u>Postulate</u>

07.05.2019 **Nr. 12: Postulat Marco Planas (SP**): Sportstadt Schaffhausen

03.06.2019 **Nr. 14: Postulat Christian Ulmer (SP):** Verkehrssicherheit rund um die Schulhäuser verbessern

03.06.2019 Nr. 15: Postulat Stefan Marti (SP): Konkurrenzfähige Lehrerinnenund Lehrerlöhne z.B. durch die Wiedereinführung einer Ortszulage 20.08.2019 Nr. 20: Postulat Nicole Herren (FDP): Transparenz bei Vergabepraxis von öffentlichem Grund 17.09.2019 **Nr. 24: Postulat Ibrahim Tas (SP):** Blindenleitsystem 12.11.2019 Nr. 25: Postulat Raphael Kräuchi (GLP): Sichere Fussgängerwege in der Stadt Schaffhausen 04.12.2019 Nr. 26: Postulat Ibrahim Tas (SP): Denkmal oder Informationsmuseum zur Würdigung für den Beitrag der Finwanderer/Gastarbeiter 17.12.2019 Nr. 27: Postulat Nicole Herren (FDP): Parkieren leicht gemacht - zum Beispiel mit SEPP Nr. 1: Postulat Stefan Marti (SP): Belebung der Altstadt durch 22.01.2020 Liberalisierung des restriktiven Veloregimes 18.02.2020 Nr. 3: Postulat Matthias Frick (AL): Plakatierung auf öffentlichem Grund 18.02.2020 Nr. 4: Postulat Dr. Nathalie Zumstein (CVP): Trennung von Fuss- und Fahrwegen Verfahrenspostulate 22.01.2020 Nr. 2: Verfahrenspostulat Matthias Frick (AL): Planungserklärungen Kleine Anfragen Nr. 31: Kleine Anfrage Dr. Nathalie Zumstein (CVP): Konzessions-29.10.2019 gebühren für private Entsorgungsfirmen? 29.10.2019 Nr. 33: Kleine Anfrage Dr. Bernhard Egli (GLP): Fussgängerstreifen verschwunden! 17.12.2019 Nr. 36: Kleine Anfrage Stephan P. Schlatter (FDP): Möglichkeit der Entfernung des Altbaus der KSS 14.01.2020 Nr. 1: Kleine Anfrage Urs Tanner (SP): Hackerangriffe auf Strom- und Wassernetze? 14.01.2020 Nr. 2: Kleine Anfrage Markus Leu (SVP): Wieso soll neu die Entleerung der Glascontainer durch die Stadt erfolgen? 20.01.2020 Nr. 3: Kleine Anfrage Urs Tanner (SP): 50% Frauensymbole auf Verkehrstafeln beim Hinweis auf Fussgängerstreifen? Nr. 4: Kleine Anfrage Nino Zubler (JUSO): Wie steht es um die 27.01.2020 Biodiversität auf dem Stadtgebiet?

- 30.01.2020 **Nr. 5: Kleine Anfrage Michael Mundt (SVP):** Grosse Büro-Leerstandsflächen: Droht der Stadt bei der Kammgarn das finanzielle Fiasko?
- 30.01.2020 **Nr. 6: Kleine Anfrage Marco Planas (SP):** Gebühren nach Lust und Laune?
- 18.02.2020 **Nr. 7: Kleine Anfrage Monika Lacher (SP):** Finanzielle Unterstützung für pflegende Angehörige

## **Diverses**

(VdSR = Vorlage des Stadtrats)

## BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

## Traktandum 1 Motion Christian Ulmer (SP) vom 17. September 2019: Grosser Stadtrat zurück zu alter Stärke: 50 statt 36

Mitglieder

Die Motion wird von Christian Ulmer (SP) begründet, von Stadtpräsident Peter Neukomm beantwortet und im Grossen Stadtrat diskutiert.

Die Motion wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 18: 16 Stimmen nicht überwiesen.

## Traktandum 2 Postulat Monika Lacher (SP) vom 3. September 2019: Attraktivierung des Walther-Bringolf-Platzes

Das Postulat wird von Monika Lacher (SP) begründet, von Stadträtin Dr. Katrin Bernath beantwortet und im Grossen Stadtrat diskutiert.

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 19:14 Stimmen überwiesen.

# Traktandum 3 Postulat René Schmidt (GLP) vom 3. September 2019: SH POWER Stromprodukte nur noch aus 100%

erneuerbaren Energien

Das Postulat wird von René Schmidt (GLP) begründet, von Stadtpräsident Peter Neukomm beantwortet und im Grossen Stadtrat diskutiert.

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 17:15 Stimmen überwiesen.

#### **BEGRÜSSUNG**

Die Ratspräsidentin, Nicole Herren (FDP), eröffnet die Ratssitzung Nr. 3 vom 18. Februar 2020 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte sowie der Medienberichterstatterinnen und Medienberichterstatter.

#### **PROTOKOLL**

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 2 vom 21. Januar 2020 ist vom Büro genehmigt und im Internet publiziert worden.

Begehren auf Änderungen sind innert 10 Tagen dem Ratsbüro schriftlich mitzuteilen. Das Protokoll gilt somit unter dem Vorbehalt von Art. 32 Abs. 1 und 3 der Geschäftsordnung des Grossen Stadtrats als genehmigt.

#### MITTEILUNGEN DER RATSPRÄSIDENTIN:

Ich möchte Sie noch einmal darauf hinweisen, dass an der Fraktionspräsidentenkonferenz vom 17. Dezember 2019 beschlossen wurde, die Kleinen Anfragen nur noch elektronisch zu verschicken. Sowohl die Anfrage wie auch die Antwort des Stadtrats. Kleine Anfragen können aber selbstverständlich nach wie vor in Papierform eingereicht werden. Sie werden Ihnen allerdings nicht mehr per Post zugestellt.

In diesem Zusammenhang lasse ich eine Liste zum Versand der Unterlagen für den Grossen Stadtrat zirkulieren. Ich bitte Sie einzutragen, ob Sie sämtliche Unterlagen nur noch elektronisch via Mail, also ohne Papierversand oder wie bisher elektronisch via Mail und mit Papierversand erhalten möchten.

## DIE RATSMITGLIEDER HABEN ERHALTEN ODER ES LIEGEN HEUTE AUF IHREN PULTEN AUF:

- Postulat Nr. 1/2020 vom 22. Januar 2020 von Stefan Marti (SP): Belebung der Altstadt durch Liberalisierung des restriktiven Veloregimes
- Verfahrenspostulat Nr. 2/2020 vom 22. Januar 2020 von Matthias Frick (AL): Planungserklärungen
- Vorlage des Stadtrats vom 21. Januar 2020: Gassa Restaurant am Rhein und Platzaufwertung
- Kleine Anfrage Nr. 4/2020 vom 27. Januar 2020 von Nino Zubler (JUSO): Wie steht es um die Biodiversität auf dem Stadtgebiet?
- Kleine Anfrage Nr. 5/2020 vom 30. Januar 2020 von Michael Mundt (SVP): Grosse Büro-Leerstandsflächen: Droht der Stadt bei der Kammgarn das finanzielle Fiasko?
- Kleine Anfrage Nr. 6/2020 vom 30. Januar 2020 von Marco Planas (SP): Gebühren nach Lust und Laune?

## RÜCKTRITT VON CHRISTIAN ULMER (SP) AUS DER GESCHÄFTSPRÜFUNGS-KOMMISSION

Grossstadtrat Christian Ulmer (SP) hat mir seinen Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission mitgeteilt. Er wird nach der Sitzung vom 27. Februar 2020 zurücktreten. Seine Begründung: Die zeitliche Belastung nach der Übernahme des Schulpräsidiums ist zu gross. Wir werden die Ersatzwahl voraussichtlich für die Sitzung vom 3. März 2020 traktandieren.

## **VERHANDLUNGSBEREIT GEMELDETE GESCHÄFTE:**

Keine.

#### ANWESENHEITSKONTROLLE:

Bevor wir zu den Zuweisungen kommen, haben wir die Anwesenheitskontrolle durchzuführen. Gemäss § 12 Abs. 1 des kantonalen Reglements ist zu Beginn jeder Sitzung des Grossen Stadtrats eine Testabstimmung durchzuführen, die zugleich als Anwesenheitskontrolle dient. Sollten Sie feststellen, dass Sie nicht erfasst werden, melden Sie sich unverzüglich bei den Stimmenzählenden.

#### Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

(Res Hauser (JFSH) und Stephan P. Schlatter (FDP) sind für die ganze Sitzung entschuldigt. Dr. Nathalie Zumstein (CVP) sowie Matthias Frick (AL) sind für den Schluss der Sitzung entschuldigt)

## **ZUWEISUNGSVORSCHLÄGE DES BÜROS:**

Das Büro schlägt Ihnen vor, die Vorlage des Stadtrats vom 14. Januar 2020: Bericht über die hängigen Motionen und Postulate inkl. Beilagen der **Geschäftsprüfungs-kommission** zuzuweisen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.* 

#### **TRAKTANDENLISTE**

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt und in den Medien publiziert. Es werden keine Änderungsanträge gestellt, somit gilt sie als genehmigt.

## FRAKTIONSERKLÄRUNG VON MATTHIAS FRICK (AL):

"Wir haben ja einiges zu lesen bekommen im Vorfeld der Stadtschulratswahlen. Engagierte Voten für verschiedene Kandidaten und vor allem sehr viel Blödsinn. Wenn all der Unsinn von irgendwelchen intrinsisch informierten Stammtischen her tönte, müssten wir dem nicht allzu viel Gewicht beimessen. Wenn nun aber der Absender eines Leserbriefs quasi direkt an der Informationsquelle ist, ja sogar selbst in diesem Rat sitzt und trotzdem Dinge erzählt, die falsch sind oder gar echt gelogen, dann ist es Zeit für eine Fraktionserklärung.

Es ist in mindestens einem Leserbrief die Behauptung aufgetaucht, die Schulen litten unter einem zerstrittenen Stadtschulrat. Von dem habe ich aus den Kreisen, die es wissen müssten, bis jetzt also noch gar nie etwas gehört. Die Schulen leiden darunter, dass Schulleitungen fehlen, ja. Aber unter einem angeblich zerstrittenen Stadtschulrat? Ich habe auch noch nie gehört, dass der Stadtschulrat sich nicht um seine

operativen Aufgaben kümmere, weil er Themen ausserhalb seines Zuständigkeitsbereichs behandle. Der Stadtschulrat kann nicht alle Aufgaben erfüllen, weil ein Laiengremium mit diesem Pensum schlicht und einfach nicht alle ihm übertragenen Aufgaben erfüllen kann. Oder kannst du, Christian Ulmer (SP), etwa die Behauptungen des Leserbriefschreibers bestätigen?

Vielleicht ist eine Person mit seiner Position im Stadtschulrat nicht mehrheitsfähig und darum unzufrieden. Das kann sein. Und erzählt darum solch hanebüchenen Unsinn herum. Das wiederum darf nicht sein. Das müsste dann wohl auch die gleiche Person sein, die über Projektitis, jammert. Kannst du mir ein Beispiel dafür geben, Mariano Fioretti (SVP) für die Projektitis im Stadtschulrat? Wenn mich nicht alles täuscht, hat hier irgendjemand seinem Frust freien Lauf gelassen und in ziemlich unreflektierter Form herumgejammert. Daraus wiederum haben dann andere in Kombination mit ihren eigenen Gedanken billige Hetze gemacht.

Ganz ehrlich: Uns von der AL-Fraktion widert das an. Das ist keine Politik. Das ist Verleumdung. Oder wie würdest du es nennen, Markus Leu (SVP), wenn du uns von der AL in deinem Leserbrief unterstellst, wir träten für die Verstaatlichung der Immobilienbranche ein? Ist unser Engagement für gemeinnützige Wohnungen und/oder eine stärkere Rolle der Stadt in der Immobilienpolitik gleichwertig mit der Forderung nach einer Verstaatlichung eines ganzen Wirtschaftszweigs? Diese Behauptung ist mehr als eine Verkürzung. Es ist auch nicht mehr eine legitime Zuspitzung im Rahmen eines Abstimmungskampfes. Es ist schlicht und einfach eine Lüge. Ein kläglicher und schmutziger Versuch uns von der Alternativen Liste in einen Zusammenhang zu bringen mit irgendwelchen menschenverachtenden und diktatorischen Regimes der Vergangenheit. Dagegen wehren wir uns und werden wir uns immer wehren.

Wir sind gegen die Verstaatlichung der Immobilienbranche. Aber wir sind für eine starke Rolle der öffentlichen Hand und der gemeinnützigen Wohnbauträger. Marktfetischismus bringt uns nämlich gerade im Immobiliensektor nicht weiter. Das aber hat rein gar nichts mit Verstaatlichung zu tun. Wenn für Sie das alles das Gleiche ist, bitte. Aber hören Sie damit auf, uns öffentlich etwas zu unterstellen, was nicht zutrifft."

## Ratspräsidentin Nicole Herren (FDP)

"Gemäss Art. 35a Abs. 3 hat ein Mitglied des Grossen Stadtrats oder des Stadtrats, das persönlich angegriffen worden ist, das Recht auf eine knappe Erwiderung. Ich frage die angesprochenen Personen, ob jemand dazu etwas erwidern möchte? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit fahren wir weiter mit der Traktandenliste."

#### Traktandum 1

Motion Christian Ulmer (SP) vom 17. September 2019: Grosser Stadtrat zurück zu alter Stärke: 50 statt 36 Mitglieder

#### **Christian Ulmer (SP)**

Begründung

"Zu Matthias Frick (AL) sage ich jetzt nichts, denn ich stehe hier in meiner Funktion als Parlamentarier und nicht als Präsident des Stadtschulrats. Es geht um eine Motion, die mir sehr am Herzen liegt und ich hoffe, dass es trotz der einen oder anderen vorgefertigten Meinung noch zu einem Umsturz kommen könnte. So meine Hoffnung.

Wenn ich so in den Saal blicke, sehe ich unschöne Lücken in den Sitzreihen. Auf den freigebliebenen Stühlen könnten heute Menschen sitzen, die etwas beizutragen hätten zum Wohl unserer Stadt und der Gesellschaft. Leider sind diese Menschen heute nicht da, weil sie im September 2006 in einem Moment politischer Umnachtung von einer hauchdünnen Mehrheit einfach wegrationalisiert wurden.

Unser Milizsystem ist in Gefahr. Die äusserst wertvolle Errungenschaft, dass jede und jeder in unserer Gesellschaft politisch mitreden und mitgestalten darf, unabhängig vom finanziellen Status oder Bildungsrucksack, steht auf der Kippe. Und warum ist das so? Unter anderem darum, weil Parlamente ohne Not verkleinert und demokratisch motivierte Menschen ausgeschlossen werden. Gerade in Zeiten des überbordenden Wohlstands, wo sich viele nur noch um sich und das eigene Wohlergehen kümmern, muss doch die Partizipation am Gemeinwohl gerade von der Politik immer wieder gefordert und gefördert werden. Die Lücken in diesem Saal manifestieren aber genau das Gegenteil.

Leider sind Ehrenämter in der heutigen Gesellschaft oft mehr Last denn Lust. Die hypervitale Arbeitswelt verlangt uns immer mehr ab und die knappe Zeit, neben der Erwerbsarbeit, wird nicht selten durch die Verlockungen der Freizeitindustrie aufgefressen. Für gemeinnütziges Engagement in Vereinen oder politischen Parteien fehlt dem modernen Menschen nur zu oft die Musse.

Vor bald 14 Jahren hat sich aus mir unerfindlichen Gründen die Meinung durchgesetzt, ein Parlament sei zu verkleinern, damit es effizienter und kostengünstiger werde. So wurden in Schaffhausen der Kantonsrat mit Volksstimme von 80 auf 60 und im Zuge dessen in der Stadt Schaffhausen der Grosse Stadtrat von 50 auf 36 Nasen zurückgestutzt. Und dies in einem Kanton notabene, dessen Gemeindeparlamente schweizweit bereits zu den zweitkleinsten gehören.

Nun ist das Argument der Kosten für mich in diesem Zusammenhang sowieso vollkommen irrelevant. Dieses Parlament kostet uns gerade mal 1.5 Promille der jährlichen Gesamtausgaben der Stadtverwaltung. 370'000 Franken sind das. Ein kleiner Preis finde ich, der uns die direkte demokratische Mitwirkung mehr als Wert sein sollte. Was wäre denn die Alternative? Ein Berufsparlament, welches ein Vielfaches mehr kostet und die Möglichkeit der Bevölkerung zur politischen Partizipation stark einschränken würde?

Natürlich müssen Parlamente auch effizient arbeiten. Aber Effizienz darf niemals zum Selbstzweck werden. Es muss gewährleistet sein, dass sich jede und jeder in diesem Rat frei äussern kann, auch wenn ein Statement vielleicht mal etwas länger dauert. Die Erfahrung mit verkleinerten Parlamenten hat übrigens aufgezeigt, dass diese keineswegs effizienter geworden sind. Es gab auch nicht weniger Rücktritte während

einer Legislatur und die Anzahl der Vorstösse ging auch nicht zurück.

Was also spricht denn nun für kleinere Parlamente? Nichts würde ich sagen, oder höchstens, dass es im Sommer in diesem altehrwürdigen Saal nicht noch heisser und der Dichtestress hier drin nicht zu gross wird. Im Gegenteil gibt es stichhaltige Gründe die dafür sprechen, das verkleinerte Parlament wieder zu alter Grösse zurückzuführen.

So profitieren zum Beispiel kleinere Parteien tendenziell von einer Vergrösserung, weil verhältnismässig weniger Wählerstimmen notwendig sind um einen Sitz zu erringen. Gerade in Zeiten, wo sich viele Menschen von den grossen Volksparteien abwenden und kleineren Bewegungen anschliessen, kann die Chance auf Mitwirkung für diese Gruppierungen motivierend und sinnstiftend wirken.

Die nationalen Wahlen im vergangenen Herbst zeigten zudem auf, dass es allen Unkenrufen zum Trotz, mehr als genug interessierte Kandidatinnen und Kandidaten gab, welche bereit waren, sich für ein politisches Amt herzugeben. In Schaffhausen beteiligten sich nicht weniger als 29 Personen an den Nationalrats- und 4 Personen an den Ständeratswahlen.

Ein wichtiger Vorteil grösserer Parlamente ist die Zunahme an Meinungen, persönlichen Erfahrungen und Expertisen. Auch die anspruchsvolle Arbeit in den Kommissionen wäre so auf mehr Schultern verteilt und würde wahrscheinlich die Qualität der dort geleisteten Arbeit sogar erhöhen.

Weiter zeigen internationale Vergleiche klar, dass in grösseren Parlamenten die Repräsentation von Frauen deutlich höher ist. Das heisst also, mit einer Vergrösserung würden wir tendenziell auch den Frauenanteil in diesem Rat erhöhen. Ein höchst willkommener Nebeneffekt, würde ich meinen.

Am wichtigsten erscheint mir aber, dass in unserem auf Konsens ausgerichteten politischen System die Mitsprache auf möglichst viele Schultern verteilt werden sollte. Wie man auf die Idee kommen kann, dass weniger Meinungen zu einem demokratischeren Urteil führen sollen, ist mir schleierhaft. Würde dies zutreffen, müsste das Parlament immer weiter verkleinert werden. Und am Ende duellierten sich hier nur noch Mariano Fioretti (SVP) und Urs Tanner (SP) verbal am Rednerpult.

Die Belastung der einzelnen Parlamentsmitglieder ist in den letzten Jahren immer grösser geworden. Die Geschäfte sind nicht weniger komplex als früher und verlangen eine seriöse Vorbereitung. Dies gilt im gleichen Masse für die Kommissionsarbeit. Tendenziell sitzen hier aber immer die gleichen Leute und schlagen sich die vorgefassten Meinungen um die Ohren. Mehr Meinungsvielfalt täte dringend Not.

Mein Fazit lautet: Die Partizipation in unserem bewährten Milizsystem muss wieder attraktiver werden. Wenn mehr Leute mitdenken und mitgestalten, kann dies der demokratischen Meinungsfindung nur dienlich sein. Schlagworte, wie Effizienz und Kosten, sind in einem Milizparlament fehl am Platz. Stadtpräsident Peter Neukomm sagte in der damaligen Verkleinerungsdebatte in diesem Saal: "Die Qualität einer Demokratie misst sich nicht an ihren Kosten." Und ich sage: Wo er recht hat, hat er recht.

Auch im Kantonsrat sind jüngst Stimmen laut geworden, welche eine Vergrösserung des Parlamentes beziehungsweise die Attraktivierung der Parlamentsarbeit fordern.

Hier und heute haben wir die grosse Chance, das Milizsystem nachhaltig zu stärken und das Signal auszusenden, dass die Gesellschaft sich wieder aktiver an den politischen Diskussionen beteiligen soll und kann.

Kehren wir zurück zu alter Stärke, kehren wir zurück zu 50 Mitgliedern im Stadtparlament.

Jetzt überlasse ich aber Ihnen das Mikrofon und freue mich auf eine möglichst ausführliche und nicht von Effizienz getriebene Diskussion. Vielen Dank."

## Stadtpräsident Peter Neukomm

## Stellungnahme Stadtrat

"Grossstadtrat Christian Ulmer (SP) beantragt mit seiner Motion vom 17. September 2019 die Voraussetzungen zu schaffen, dass Art. 23 der Stadtverfassung angepasst werden kann. Neu soll dieser folgendermassen lauten: "Der Grosse Stadtrat besteht aus 50 Mitgliedern".

Die alte Stadtverfassung vom 4. August 1918 sah in Art. 14 Abs. 1 vor, dass der Grosse Stadtrat aus 50 Mitgliedern besteht. 2004 wurde die Volksinitiative "35 statt 50 Grossstadträte" mit 662 gültigen Unterschriften eingereicht, welche verlangte, die Anzahl Mitglieder des Grossen Stadtrats auf 35 zu senken.

In seiner Vorlage erklärte der Stadtrat eine Prüfung der Verkleinerung des Grossen Stadtrats zwar als sinnvoll, er erachtete eine Reduktion auf 35 Mitglieder aber als zu weitgehend. Der Stadtrat befürchtete eine Beeinträchtigung der Repräsentativität und eine Verschlechterung der Chancen kleinerer Parteien im Grossen Stadtrat mitwirken zu können. Er merkte zudem an, dass mit der Einführung der "Wirkungsorientierten Verwaltungsführung" die Bildung ständiger Fachkommissionen aktuell werden könne. Der Spielraum einer möglichen Parlamentsreform sollte nicht durch eine zu weitgehende Verkleinerung des Parlaments behindert werden. Aus diesen Gründen beantragte der Stadtrat dem Grossen Stadtrat die Ausarbeitung Gegenvorschlags, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass Fragen der Grösse und Organisation die Autonomie des Parlaments beträfen, weshalb die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags durch eine Parlamentskommission erfolgen sollte. (Vorlage des Stadtrats vom 31. Mai 2005, Initiative "35 statt 50 Grossstadträte", Überweisung und Stellungnahme des Stadtrats, S. 2 f.).

Der Grosse Stadtrat folgte dem Stadtrat indes nicht, sondern empfahl den Stimmberechtigten mit 36 zu 5 Stimmen, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. In der Folge schloss sich auch der Stadtrat der ablehnenden Haltung des Parlaments an.

Das Initiativkomitee führte in seiner Stellungnahme an, dass kleinere Gremien schneller arbeiten würden, weshalb nach einer Verkleinerung Geschäfte im Grossen Stadtrat zügiger behandelt werden könnten. Andere Städte würden beweisen, dass auch kleinere Parlamente anstehende Verwaltungsreformen ohne Mehrbelastung und Qualitätsverlust bewältigen könnten. Zudem würden unnötige persönliche Vorstösse erst gar nicht eingereicht, womit indirekt Kosten gespart werden könnten. Die Verkleinerung auf 35 Mitglieder sei zudem moderat, weshalb auch kleinere Parteien nach wie vor die Möglichkeit hätten, im Rat vertreten zu sein. Soweit die Begründung des Komitees.

Grosser Stadtrat und Stadtrat brachten dagegen im Abstimmungskampf vor, eine repräsentative Vertretung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen sei nach der Verkleinerung nicht mehr möglich, die Wahlchancen kleinerer Parteien würden sich verschlechtern, die Belastung der einzelnen Grossstadtratsmitglieder würde zunehmen, die Grösse von 50 Mitgliedern sei im schweizerischen Vergleich angemessen und die Reduktion würde eine bevorstehende Parlamentsreform unnötig einschränken (Abstimmungsmagazin zur Volksabstimmung vom 24. September 2006, S. 3 ff.). Am 24. September 2006 haben die Stimmberechtigten der Initiative mit 6'263 Ja- zu 6'098 Nein-Stimmen ganz knapp zugestimmt.

Im Rahmen der Volksabstimmung über den Zusammenschluss von Schaffhausen und Hemmental vom 27. April 2008 wurde die Anzahl Grossstadtratsmitglieder auf die heute gültige Anzahl 36 erhöht. Soweit zur Vorgeschichte.

Was ist nun die heutige Haltung des Stadtrats?

Bei der Frage der Anzahl Grossstadträtinnen und Grossstadträte handelt es sich nach Ansicht des Stadtrats um eine Frage der Parlamentsorganisation. Im Hinblick auf die Gewaltenteilung auferlegt sich der Stadtrat daher bei dieser Frage einer gewissen Zurückhaltung. Er unterbreitet daher keinen Antrag zur Frage der Erheblicherklärung der Motion, sondern beantragt für den Fall der Erheblicherklärung die Zuweisung an eine Kommission und nicht an den Stadtrat.

Die Pro- beziehungsweise Contra-Argumente haben sich aus Sicht des Stadtrats seit 2006 nicht wesentlich verändert. Wie sich herausgestellt hat, war insbesondere zutreffend, dass die Arbeitsbelastung der einzelnen Ratsmitglieder durch eine Verkleinerung des Rats zunehmen würde. Dies ist letztendlich nicht nur für die betroffenen Parlamentsmitglieder zum Teil ein Problem, sondern auch für die Parteien, welche geeignete Kandidatinnen und Kandidaten finden müssen und führt auch immer wieder bei Terminfindungen zu Verzögerungen. Eine Reduktion der Anzahl Vorstösse, wie sie vom Initiativkomitee erwartet worden war, ist nicht eingetreten. Die Verkleinerung des Grossen Stadtrats hat weder zu einer Effizienzsteigerung bei der Parlamentsarbeit noch zu einer Beschleunigung der Abläufe geführt.

Die Verkleinerung des Grossen Stadtrats hatte auch nicht die erhofften finanziellen Einsparungen zur Folge. So sind die Sitzungsgelder trotz Verkleinerung von 76'640 Franken im Jahr 2007 auf 81'600 Franken im Jahr 2008 angestiegen. Ab 2009 führte die Einführung der Fraktionsentschädigungen ohnehin zu einem Anstieg der Sitzungsgelder. Diese Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu geniessen. Ihre Höhe hängt nicht nur von der Anzahl Mitglieder ab, sondern auch von der Anzahl Sitzungen, welche in Jahren mit vielen beziehungsweise aufwendigen Geschäften höher ist. Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Verkleinerung des Rats zu keinen Einsparungen geführt hat.

Bezüglich der Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner pro Parlamentsmitglied befindet sich Schaffhausen mit 36 im Vergleich zu Städten ähnlicher Grösse im hinteren Mittelfeld, was sich auch mit einer Vergrösserung auf 50 Mitglieder nicht wesentlich verändern würde.

Zu beachten ist auch, dass die Frage der Parlamentsgrösse nicht losgelöst von anderen Fragestellungen beurteilt werden kann. So ist etwa zu klären, ob eine Vergrösserung des Rats zu zusätzlichen ständigen Kommissionen oder aber zu

insgesamt grösseren Kommissionen oder einem grösseren Büro führen könnte.

Ob die Stimmberechtigten vom nicht unberechtigten Anliegen des Motionärs überzeugt werden könnten, ist fraglich. Da bräuchte es wohl schon eine grosse Geschlossenheit der Parteien.

Unabhängig vom konkreten Anliegen des Motionärs würde der Stadtrat eine Effizienzsteigerung im Parlamentsbetrieb begrüssen. Verbesserungspotenzial sieht er bei der Behandlung von persönlichen Vorstössen, die im Vergleich zu Vorlagen einen sehr breiten Raum einnehmen. Dieser Satz stammt noch vor der Zeit der jetzigen Ratspräsidentin. Seit der letzten Sitzung müsste man dies allenfalls etwas revidieren. Wir waren unglaublich schnell und wenn das der neue Standard wäre, dann müsste ich diesen Satz jetzt streichen. Lassen wir uns überraschen, ob dies so weitergeht. Auch bei den Vorberatungen der parlamentarischen Geschäfte in den Kommissionen besteht Potenzial. Detailberatungen gehören in die Kommissionen und nicht ins Plenum. Zudem wäre auch eine höhere Verlässlichkeit von in Kommissionen gefällten Entscheiden im politischen Prozess von Vorteil. Das ist die Einschätzung des Stadtrats.

Meine persönliche Meinung zur Motion kennen Sie. Zusammen mit Daniel Preisig führte ich 2008 den Abstimmungskampf gegen die Verkleinerung des Rats. Meine Meinung hat sich seither nicht verändert, vor allem, wenn man das Ergebnis der Verkleinerung analysiert. Trotzdem hält sich der Stadtrat zurück und überlässt es dem Grossen Stadtrat zu entscheiden, wie viele Mitglieder für einen effizienten Ratsbetrieb notwendig sind und wie dieser organisiert sein soll.

Der Stadtrat stellt daher lediglich den Antrag, die Motion im Falle der Erheblicherklärung an eine Kommission zu überweisen."

### Angela Penkov (AL)

#### **AL-Fraktionserklärung**

"Am 24. September 2006 hat sich die Stimmbevölkerung Schaffhausen für ein kleineres Parlament ausgesprochen. Dies, weil sie sich mehr Effizienz und weniger Kosten wünschte. Nun, die Rechnung ist nicht wirklich aufgegangen. Wir haben es bereits von Vorredner und Motionär Christian Ulmer (SP) und vom Stadtpräsidenten Peter Neukomm gehört.

Die AL war immer gegen eine Verkleinerung des Parlaments und so stellt sich für uns hier grundsätzlich nicht die Frage, ob wir eine Vergrösserung des Parlaments auf 50 Sitze unterstützen wollen oder nicht – es wäre einfach logische Konsequenz. Die Frage ist für uns eher, wer nimmt schlussendlich auf diesen 50 Sitzen Platz.

Hier ist der Zeitpunkt für ein kleines Gedankenexperiment. Stellen Sie sich mal vor, in diesem Raum würden nun 50 Menschen sitzen. Schliessen Sie dafür Ihre Augen um sich das besser vorstellen zu können. Es wird enger, allenfalls wärmer, vielleicht etwas lauter. Nicht ganz so schlimm wie im Kantonsrat, aber so in diese Richtung. Was sehen Sie? Sie müssen sich nicht laut äussern.

Wenn Sie keine Vorstellung haben, gebe ich Ihnen gerne mein Bild vor. Ich sehe vor mir, beziehungsweise um mich herum 25 Männer und 24 Frauen, mit mir 25. Ich sehe mindestens 12 Menschen anderer Nationalität. Ich sehe mindestens 2 Menschen zwischen 16 und 18 Jahren. Ich sehe mehr U40 und etwas weiniger Ü60. Ich sehe

sozusagen einen Spiegel unserer Gesellschaft in diesem Raum. So wie es sein müsste, wenn wir davon ausgehen, dass ein Parlament aus Volksvertreterinnen und Volksvertretern besteht. Ein utopisches Bild? Warten wir mal ein weiteres halbes Jahrhundert ab und wir wären schon wieder bei der Realität - denken Sie an das Frauenstimmrecht. Es hat auch dort viele Anläufe gebraucht.

Und jetzt sage ich Ihnen noch, wie ich mich mit meinem Bild fühle. Ich fühle mich grossartig. Viel besser, als wenn ich jetzt in diesem Raum stehe. Dies hat damit zu tun, dass ich zu einer untervertretenen Gruppierung gehöre – und ich meine damit nicht die AL.

Und ich sage Ihnen, welches Bild ich nicht sehe beziehungsweise lieber verdrängen will. Ich sehe keine doppelten oder dreifachen Ausgaben vom gleichen Typ Parlamentarier, die wir hier schon zu Hauf haben. Gerne dürfen Sie in Ihrem Gedankenexperiment überlegen, von welchen Menschen Sie in diesem Raum keine weiteren Ausgaben wollen. Sie müssen sich nicht laut äussern. Ich sehe keine unnötigen Hahnenkämpfe, Mariano Fioretti (SVP) und Urs Tanner (SP) Duelle und somit keine Übervertretung älterer Männer und Untervertretung junger Frauen.

Und hier komme ich gerne zum Punkt. Erklären wir die Motion von Christian Ulmer (SP) für erheblich, dann fassen wir alle einen Auftrag. Einen Demokratisierungs-Auftrag quasi. Es reicht nicht, wenn wir ein Parlament vergrössern ohne uns weitere Gedanken zu machen, wie Menschen mobilisiert werden können und eine Stimme erhalten, beziehungsweise mehr Gewicht durch mehr Stimmen erhalten.

Nur wenige Parteien haben sich das seit Jahren auf die Fahne geschrieben und die AL gehört sicher dazu. Andere Parteien, und da schaue ich auch gerne kritisch zur SP, dürften sich noch mehr für eine ausgewogenere Zusammensetzung in ihrer eigenen Partei einsetzen und gerne mit uns an vorderster Front für mehr Demokratie kämpfen.

Wieder andere Parteien, die jetzt schon beim Zuhören abgehängt haben, sind der beste Beweis dafür, dass sie sich das Wort "Demokratie" noch nicht verinnerlicht haben.

Ich komme zum Schluss. Unser Parlament entspricht nicht der Welt da draussen. Und das sollten wir ändern. Wir haben ja Wahljahr, also besetzen wir die Listen richtig.

- Setzen wir auf Zebralisten, oder noch besser setzen wir auf Okapilisten.
- Mobilisieren und fördern wir Frauen.
- Setzen wir uns für mehr Mitbestimmung ein.
- Kämpfen wir einmal mehr für das Ausländerstimmrecht.
- Setzen wir uns für das Stimmrechtsalter 16 ein.
- Stärken wir junge Menschen.

Und wenn hier mindestens die Hälfte aller Anwesenden diese Ziele kommitten würde, dann können wir gerne die Motion von Christian Ulmer (SP) erheblich erklären und wieder zu fünfzigst in diesem Raum sitzen und enger zusammenrücken. Danke fürs Zuhören."

## Dr. Bernhard Egli (GLP) glp/Grüne/CVP/EVP-Fraktionserklärung

"Gerne gebe ich Ihnen die Position der glp/Grüne/CVP/EVP-Fraktion bekannt. Wir haben dies diskutiert und einzelne Punkte im Ratsbetrieb passen nicht allen von uns und wurden kritisiert. Es gibt Parlamentarier, die sitzen in wichtigen ständigen Kommissionen, tagen Tag und Nacht und andere eben nicht. Diese fühlen sich als Zweitklassparlamentarier und -parlamentarierinnen. Ein bis drei Spezialkommissionssitzungen pro Jahr, da übertut man sich wahrlich nicht. Das wäre aber vor allem Sache der Parteien und der Fraktionen, dies besser zu lösen. Also, Hinterbänkler nach vorne und Grossmäuler in die zweite Reihe.

Ob die Parlamentsarbeit komplexer oder aufwändiger geworden ist, wage ich zu bezweifeln. Ich war vor 32 Jahren als 30-jähriger das jüngste Mitglied im Grossen Stadtrat. Ich kann hier schon Vergleiche ziehen zu früher und heute. Möglicherweise sind wir im Laufe der Evolution einfach dümmer geworden.

Wir sehen eher Probleme, dass die Parteien Mühe haben, genügend politisch interessierte Personen zu finden. Das wird sicher noch schwieriger bei 50 statt 36 Mitgliedern. Wer es leider nicht in den erlauchten Kreis der 36 gewählten Grossstadträtinnen oder Grossstadträte schafft, kann sich aber durchaus auch ausserhalb unseres Rates für die Allgemeinheit und das Wohl der Stadt engagieren.

Angela Penkov (AL) hat mich animiert zur Aussage, dass mir sympathischer wäre, statt den Grossen Stadtrat von 36 auf 50 Mitglieder aufzustocken, wenn man das Stimm- und Wahlrechtsalter von 18 Jahre auf 16 Jahre senkt. So könnte man den Ratsbetrieb sicher etwas beleben. Ein anderes Thema wäre, dass das Stimm- und Wahlrecht für Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt gilt, unabhängig von der Farbe des Passes.

Die glp/Grüne/CVP/EVP-Fraktion unterstützt die Motion 50 statt 36 Grossstadträte mehrheitlich nicht. Wir vermuten, dass eine entsprechende Anpassung der Stadtverfassung vom Volk nicht goutiert wird. Das können wir aber ausprobieren."

#### Michael Mundt (SVP)

#### SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

"Gerne trage ich Ihnen die Fraktionserklärung der SVP/JSVP/EDU-Fraktion zur Motion von Christian Ulmer (SP) vor.

Gleich vorweg – die Sympathie in unserer Fraktion zum Anliegen von Christian Ulmer (SP) hält sich in Grenzen. Unserer Auffassung nach handelt es sich hier um viel Lärm um nichts.

Das Volk hat 2006 Ja gesagt zur Verkleinerung der beiden grössten Parlamente, dem Kantonsrat sowie dem Grossen Stadtrat. Dies nun nach gerade einmal 10 Jahren wieder rückgängig zu machen, steht für uns etwas quer in der Landschaft. Zudem bezweifeln wir stark, dass die Vergrösserung des Rats vor dem Volk mehrheitsfähig wäre. Wir von der SVP respektieren den Volkswillen.

Die von Christian Ulmer (SP) ins Feld geführten Argumente sprechen aus unserer Sicht eben genau dafür, die aktuelle Grösse unseres Parlaments beizubehalten. Ein grösseres Parlament führt nicht dazu, dass sich plötzlich mehr Personen politisch engagieren möchten. Da steckt wohl etwas Wunschdenken dahinter. Es gibt immer welche, die gewillt sind, mehr zu machen als andere. Und es wird auch immer

Hinterbänkler geben, egal ob das Parlament nun 36 oder 50 Mitglieder umfasst. Hier sind die Parteien bereits bei der Selektion potenzieller Kandidaten gefragt, um motivierte und willige Personen zu finden, welche sich dann auch im Ratsbetrieb nach einer Wahl entsprechend engagieren, auch wenn dies mit der vor kurzem angenommenen Transparenzinitiative zusätzlich erschwert werden dürfte.

Dass sich immer weniger Personen für ein politisches Amt interessieren, war ja mitunter 2006 ein Grund dafür, dass man die Parlamente in der Stadt und im Kanton verkleinert hat. Auch aus dieser Sicht spricht momentan nichts dafür, den Grossen Stadtrat wieder zu vergrössern.

Wünschenswert hingegen wäre, dass wir Vorstösse hier im Rat rascher und effizienter behandeln könnten. Dies würde aus unserer Sicht wesentlich mehr dazu beitragen, die Ratsarbeit attraktiver zu gestalten und wohl auch dazu führen, dass sich der oder die eine mehr für eine politische Karriere motivieren lassen würde.

Unsere Fraktion wird sich hierzu Gedanken machen und Anregungen in diese Richtung in geeigneter Form in den Rat einbringen. Die Motion von Christian Ulmer (SP) lehnen wir einstimmig ab.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit."

## Martin Egger (FDP)

## FDP/JFSH-Fraktionserklärung

"Mit der Motion "Grosser Stadtrat zurück zur alten Stärke: 50 statt 36 Mitglieder" gehe ich davon aus, dass der Motionär und die Mitunterzeichner nicht davon ausgehen, dass wir ein schwacher Grosser Stadtrat sind, sondern sich der Motionär auf die Anzahl Mitglieder fokussiert. Als ehemaliger Co-Präsident des Initiativkomitees "35 statt 50 Grossstadträte" überrascht es Sie sicher nicht sonderlich, dass ich, wie auch meine Fraktionskollegin und -kollegen, einstimmig und geschlossen für eine Nicht-Überweisung der Motion eintreten.

Ebenfalls als ehemaliger Co-Präsident des Initiativkomitees verzichte ich darauf, alle 35 guten Gründe dieser damaligen Initiative herunterzulesen. Ich bin durchaus auch selbstkritisch, denn einige Gründe, die wir damals angeführt haben, haben sich sowohl hüben wie drüben nicht bestätigt oder sind nicht eingetreten. Das Kostenargument wurde tatsächlich nicht erfüllt. Die älteren Herren hier im Rat mögen sich an die Schlacht an der zweiten Ratssitzung 2008 erinnern, als es um die Fraktionsentschädigungen, Erhöhung der Sitzungsgelder, Fachkommissionen mit Grundentschädigung ging, um diese einzuführen. Wir haben das damals als Retourkutsche empfunden, es aber so akzeptiert, weil die Mehrheit darüber abgestimmt hat und der Meinung war, dass die Sitzungsgelder massiv erhöht werden müssen. Ich habe damals auch den Vorwurf bekommen, dass wir mit zu wenig Herzblut gekämpft haben, denn schlussendlich hätten wir auch davon profitiert.

Was ganz sicher nicht eingetreten ist, dass der Rat günstiger geworden ist. Wenn ich an eine Vergrösserung des Rats denke, dann können wir auch davon ausgehen, dass er dann ganz sicher teurer wird als heute. Das Kostenargument ist von Christian Ulmer (SP) eher als nicht zu berücksichtigen ins Feld geführt worden. Damals haben wir damit geworben, effizienter, attraktiver und schlagkräftiger zu werden. Erstaunlicherweise sind es immer die gleichen Personen, ob in einem verkleinerten oder in einem vergrösserten Parlament, die sich engagieren. Hier vorne am Rednerpult aber auch

aufgrund der Erfahrungen mit Kommissionsarbeiten. Es gibt Zugpferde, männliche und weibliche, die Wortführerinnen und Wortführer sind. Ich glaube nicht, dass das ein Argument ist, dass dies mit einem grösseren Rat etwas ändern wird. Die Zeit ist schlussendlich beschränkt.

Was von den Gegnern unserer Initiative ins Feld geführt wurde, sei der Demokratieverlust. Wir waren die einzige Partei. Gemeinsam aufgetreten sind der heutige Stadtrat Daniel Preisig und der heutige Stadtpräsident Peter Neukomm. Die einen sagen, wenn zwei, die sich eigentlich grundsätzlich bekämpfen in Vorlagen (damals, heute unterstehen sie dem Kollegialitätsprinzip) zusammenspannen, dann muss es eine gute Sache sein. Man kann aber auch sagen, wenn zwei sich zusammentun, die eigentlich mit ihren Meinungen normalerweise 180 Grad auseinanderliegen, dann muss man besonders vorsichtig sein. Spass beiseite. Der Demokratieverlust wurde selbst in unserer Partei ins Feld geführt, insbesondere, weil kleinere Gruppierungen wie die AL, die JFSH und die JSVP, darunter leiden würden. Ich glaube die AL hat das Gegenteil bewiesen. Trotz verkleinertem Rat hatte diese Partei nie eine so grosse Vertretung im Grossen Stadtrat, wie dies aktuell der Fall ist. Das ist ein lebender Beweis dafür, dass es nicht um die Grösse geht, sondern es geht um das Engagement jedes einzelnen oder jeder einzelnen Person, die sich für so ein Amt interessiert.

Wenn man nun glaubt, mit einer Vergrösserung würde sich das Wunschbild von Kollegin Angela Penkov (AL) bewahrheiten, wage ich dies zu bezweifeln. Denn es werden genau jene Personen gewählt werden, die sich entweder aufgrund von gesellschaftlichen, politischen Strömungen engagiert haben und wahrgenommen werden. Und diese haben schlussendlich die Ehre, wie auch die Bürde, die Bevölkerung möglichst gut zu vertreten.

Wenn wir schon dabei sind, und jetzt komme ich zum Votum von Angela Penkov (AL). Ihr seid jene Partei, die es in der Hand hätte, nach einem Rücktritt wieder eine Frau ins Parlament zu bringen, aber ihr seid schlussendlich alle nicht angetreten. Stellen wir uns vor, wenn wir jetzt ein vergrössertes Parlament hätten und die Wahlliste wäre noch länger, dann wären noch mehr Kandidaten ausgefallen bis schlussendlich ein passender Kandidat gekommen wäre.

Wir glauben nicht, dass das Mittel Vergrösserung des Grossen Stadtrats ein besseres Bild abgeben würde von der Vertretung der einzelnen Gruppierungen. Wenn wir das zu Ende denken, dann müssten wir vielleicht anstatt einer Ratssitzung entweder eine Landsgemeinde durchführen oder allenfalls eine Gemeindeversammlung, wie es in anderen grösseren Gemeinden durchaus noch der Fall ist. Mit dieser Motion glaube ich, wird das Ziel nicht erreicht. Die FDP/JFSH-Fraktion lehnt diese Motion einstimmig ab."

Marco Planas (SP) Votum

"Ich habe diese Motion mitunterzeichnet, weil ich deren Ursprungsgedanken durchaus sinnvoll finde: Mehr Parlamentsmitglieder führen zu mehr Ideen, das heisst die demokratische Mitsprache hier im Saal ist breiter abgestützt. Ausserdem erhalten die einzelnen Parlamentarierinnen und Parlamentarier etwas mehr Luft, wenn die Ratsarbeit auf 50 Personen aufgeteilt wird.

Denn – und ich glaube da sind wir uns alle einig – heute ist es eine grosse Herausforderung, die Parlaments-, Kommissions- und Fraktionsarbeit unter einen Hut zu bringen und nebenbei noch einer Vollzeitstelle und vielleicht sogar noch ein paar verschiedenen Hobbys nachzugehen. Ich weiss nicht wie Sie das alle managen, aber ich persönlich habe deshalb mein Lehrerdasein schon seit Längerem auf 80% reduziert. Leider können sich aber bekanntlich nicht alle diesen Luxus leisten. Ich denke da etwa an Mütter und Väter, die zuhause ihre Familien zu ernähren haben, oder auch an andere junge Männer und Frauen, die nicht genug verdienen, um ihr Pensum senken zu können. Für diejenigen Personen kommt die Parlamentsarbeit schon alleine aus den genannten zeitlichen und finanziellen Gründen nicht in Frage.

Die Frage ist nun, wie wir diesen Zustand künftig verbessern. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es einer Entlastung gleichkommt, wenn die fixe Menge an Arbeit, die auf den Rat zukommt, künftig auf mehrere Parlamentarierinnen und Parlamentarier verteilt wird. Mit anderen Worten, wenn der Dividend gleichbleibt und der Divisor erhöht wird, sinkt der Quotient und damit die Arbeit, die auf den oder die Einzelne zukommt. Da gibt mir hoffentlich auch Mathematiker Rainer Schmidig (EVP) recht.

Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Wie Christian Ulmer (SP) in seinem Motionstext richtig erwähnt hat, wird es immer schwieriger, Leute für die politische Arbeit zu motivieren und zu finden. Das wird natürlich nicht einfacher, wenn wir künftig 50 statt 36 Freiwillige suchen. Aus diesem Grund gilt es generell – egal ob diese Motion heute Abend überwiesen wird oder nicht – die Attraktivität des Ratsbetriebs zu steigern.

Um dies zu erreichen, kommen mir spontan zwei Möglichkeiten in den Sinn:

- Ratsarbeit muss sich lohnen nicht nur ideell, sondern auch finanziell. Durch eine Anpassung der Sitzungsgelder nach oben könnten sich künftig nicht mehr nur betuchte Damen und Herren – und deren Kinder – das Politisieren leisten, sondern eben auch der Student und die junge Mutter.
- 2. Bernhard Egli (GLP) hat es auch schon erwähnt, die Hürde für den Eintritt in die Politik muss gesenkt werden. Und dies erreicht man unter anderem dadurch, dass man die Jungen möglichst früh packt und ihnen die Möglichkeit zur Partizipation nicht wie heute, bis zum 18. Lebensjahr, verwehrt. Wer sich mit 16 Jahren schon einbringen will, muss dies tun können, auch in Sachen Abstimmungen, aber diese Frage wird ja momentan im Kantonsrat behandelt. Übrigens dank eines Vorstosses des SP-Mitglieds Stefan Lacher, liebe Angela Penkov (AL).

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

#### **Christoph Schlatter (SP)**

Votum

"Erlaubt mir hier an dieser Stelle etwas Nostalgie. Ich gehöre auch noch zu denjenigen, die dem Grossen Stadtrat angehörten, als hier im Saal noch 50 Mitglieder sassen. Ich habe damals aus Angst nicht mehr kandidiert, weil ich befürchtete, dass dann die Arbeit von vorher 50 Mitgliedern nur noch von 35 Mitglieder erledigt werden müsste. Das hat sich zum Teil bestätigt. Erlauben Sie mir noch ein paar Gedanken dazu.

Was hat sich im Wesentlichen verändert? Grundsätzlich hat sich einmal der Zeitpunkt verändert, an dem diese Sitzungen beginnen. Das kommt mir schon sehr entgegen, denn früher starteten wir bereits um 17.00 Uhr die Sitzung. Dann haben wir jetzt Fachkommissionen, die ich persönlich nicht grundsätzlich schlecht finde. Natürlich

kann man nicht überall mitmachen, aber das ist die Konsequenz beziehungsweise die Folge von dieser Verkleinerung.

Was ich persönlich bedaure, das kann aber auch ein Zufall sein, ist, dass zu den Zeiten, als der Rat grösser war, wir ein konsensfähigeres Parlament hatten. Diese Polarisierung, wie sie in den letzten Jahren hervorgekommen ist, hatten wir damals nicht, weil die Mitte wesentlich breiter war. Die Mitte fungierte damals wirklich als Mitte und konnte Brücken schlagen. Heute haben wir eine Mitte, die sich entweder nach links oder rechts orientiert. Die Aufgabe, die die Mitte früher hatte, hat sie leider verloren.

Der Populismus, der heute in Europa geschieht, ist sehr gefährlich. Für die Demokratie ist es ganz wichtig, dass wir ein breitabgestütztes Parlament haben, indem nicht nur eine Polarisierung stattfindet, sondern es müssen Konsense gebildet werden, denn die Komplexität der Geschäfte und das Leben ist seit der Verkleinerung etwas anspruchsvoller geworden. Ich denke nicht, dass wir grundsätzlich "blöder" geworden sind, sondern das Umfeld ist komplexer geworden. Es wurde auch schon von Marco Planas (SP) darauf hingewiesen, dass wir heute oftmals in einem beruflichen Kontext sind, in dem die Parlamentsarbeit nicht mehr möglich ist. Die frühere Milizarbeit entspricht nicht mehr dem, was früher war. Die Sachgeschäfte und die Gesetzgebung sind viel komplexer geworden. Der Zeitaufwand ist grösser, um sich mit einer Vorlage auseinanderzusetzen, als früher.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie bitten, dass Sie diese Motion unterstützen, auch aus demokratiepolitischen Überlegungen. Besten Dank."

## Iren Eichenberger (Grüne SH)

Votum

"Entgegen der Entscheidung meiner Fraktion werde ich dieser Motion zustimmen, nicht nur aus Sympathie für den mutigen Motionär, sondern aus der tiefen Überzeugung, es sei alles sinnvoll, was dieses amputierte Parlament aufhält und uns zwingt, die heutige Form zu überdenken.

Gleichzeitig mit der Verkleinerung wurde nämlich ein noch viel einschneidenderer Schritt in die Geschäftsordnung gesetzt. Die Arbeitsweise und die Kompetenzen wurden mit der Schaffung von Fachkommissionen grundlegend verändert.

Fazit: Wir haben heute für den 36-köpfigen Grossen Stadtrat drei Fachkommissionen, nämlich die Geschäftsprüfungskommission, die Fachkommission für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt und die Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Sicherheit, Kultur und Sport. Faktisch aber werden die allermeisten und vor allem die wichtigsten und kostspieligsten Geschäfte in der Geschäftsprüfungskommission und in der Fachkommission für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt bearbeitet. 2019 waren es in der Geschäftsprüfungskommission elf Geschäfte und in der Fachkommission für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt deren sieben. Nur drei Vorlagen wurden an Spezialkommissionen gewiesen und vier an die Fachkommission für Soziales, Bildung, Betreuung, Sicherheit, Kultur und Sport, zumeist Berichte, die im Rat im stillen Verfahren verabschiedet werden.

Mit anderen Worten: 2 x 7 Personen in der Geschäftsprüfungskommission und in der Fachkommission für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt bestimmen 2/3 oder mehr der Geschäfte, die übrigen 22 Personen treten kaum in Funktion, ausser sie schreiben

fleissig Kleine Anfragen, Postulate, Interpellationen und Motionen.

Ist das der Sinn des Stadtparlaments und wollen Sie dafür Leute auf Ihre Wahlliste gewinnen? Ich meine, wir hätten gründlichen Reflexionsbedarf. Einen treffenden Artikel hat dazu übrigens der Chefredaktor der SN am 21. Dezember 2019 geschrieben.

Wie erwähnt, ich stimme der Motion zu und werde mich zum Weiteren melden."

Urs Tanner (SP) Votum

"Liebe Präsidentin, es tut mir leid, dass es mit der Effizienz schon wieder vorbei ist und wir seit bald einer Stunde zur gleichen Vorlage sprechen. Auch ich gehöre zu den "alten Elefanten", die die Augen nicht schliessen müssen um noch die Nähe der Kolleginnen und der Kollegen zu spüren, im 50-er Parlament. So schlimm war es damals nicht. Ein Punkt, bei dem ich Kollege Christoph Schlatter (SP) etwas korrigieren muss. Ich erinnere mich an die Schlachten zwischen Schöttle, Zimmermann, Wullschleger, Rohner und Neukomm. Ob das sehr viel friedlicher war und ob sich jetzt in meinen letzten 22 Jahren sehr viel verändert hat, da bin ich mir nicht ganz sicher.

Was ich nicht ganz verstehe, die FDP hatte damals wirklich einen Hype. Dass ihr eure Meinung nicht ändert, verstehe ich. Da wärt ihr ja blöde. Das waren eure Siegervorlagen seit langem. Ihr hattet den Kantonsrat erfolgreich verkleinert, ihr habt den Grossen Stadtrat erfolgreich verkleinert, jedoch mit sehr knappen Mehrheiten. Nachher habt ihr euren Nationalrats- und Ständeratssitz verkleinert, also verloren und dann noch den Stadtratssitz. Das war dann vielleicht weniger erfolgreich. Man könnte gemeinerweise sagen, das Volk belohnt den Absender von "klugen" Initiativen nicht immer. Man wird teilweise fies abgestraft. Das haben wir auch alles schon erlebt.

Ihr erinnert euch damals auch noch, diese Verkleinerungsgeschichte vom Stadtrat selber. Da gab es eine Mathematik, die damals Marcel Wenger zum Türeklopfen veranlasst hat. 3 x 100%, 2 x 50%. Was auch immer es gab. Heute haben wir die brillanten 5 x 70% und gearbeitet wird vermutlich 120%. Diese Diskussion ist zum Glück tatsächlich vorbei. Wo ich dem Kollegen von der SVP wirklich recht gebe, die Hinterbänkler und Vorderbänkler, egal wie gross das Parlament ist, beträgt immer ungefähr zwei Drittel/ein Drittel.

In den 70-er Jahren war die POCH gleich gross wie die SVP, unglaublich. Beide hatten zwei Sitze. Dann hatten wir auch die Autopartei, so glaube ich, mit fünf bis sieben Sitzen und wir hatten das Jugendparlament. In einem 50-er Rat sind viele verschiedene Gruppierungen und Altersklassen vorhanden. Ich fühlte mit damals mit 29 Jahren auch jung. Das ist aber absurd, denn jung ist man mit 18 Jahren oder sogar 16 Jahren. Diesen Traum träume ich auch mit euch.

In der Ära von Nationalrätin Brunner hatten wir mehr Frauen als Männer in der SP-Fraktion. Das ist heute nicht mehr ganz der Fall. Bevor die AL jetzt lacht. Sie hat im Grossen Stadtrat mit zwei Männern begonnen und bei den bezahlten guten Jobs sitzt auch wieder ein Mann. Von daher will ich Quoten, Gleichberechtigte, Behinderte mit Rollstühlen etc. sehen. Wir wissen alle, wenn das so wäre, dann würde uns allen die Friday for Future Generation ein paar Sitze wegschnappen und in einem 50-er Rat hier mit einer 10-er Fraktion sitzen. So schlimm wäre das nicht.

Ihr merkt, dass ich natürlich für eine Vergrösserung des Grossen Stadtrats bin, logischerweise. Man darf auch, lieber Kollege Michael Mundt (SVP), nach 10 Jahren das Volk wieder einmal fragen. Hast du (das Volk) diese Mehrheit von 170 Stimmen immer noch? Ihr fragt auch wieder zur Beziehung zur EU am 17. Mai. Man darf alle paar Jahre das Volk durchaus befragen. Vielleicht kommt sogar einmal die Armeeabschaffung Nr. 3 vors Volk. Das wäre auch nicht so schlimm.

Zur aktuellen Frage darf man wieder vors Volk gehen und ich glaube, dass dann die beiden Stadträte wieder unsere Zugpferde wären für ein grosses und gutes Parlament. Also geben Sie doch dieser Motion eine Chance. Delegieren Sie diese Frage ans Volk. Das Volk macht dann Daumen rauf oder runter."

## Raphael Kräuchi (GLP)

Votum

"Ich gebe ein persönliches Votum ab. Ich werde der Motion auch zustimmen, wie Iren Eichenberger (Grüne) und zwar aus folgenden Überlegungen:

- Ich hoffe, dass der Rat durch eine Vergrösserung repräsentativer wird.
- Ich hoffe, dass es mehr Mitteparteienpolitiker geben wird.
- Es wird eine Chance sein für junge, aufstrebende Parteien, wie beispielsweise die GLP, um mehr Sitze zu machen.
- Es wird eine Chance sein für Jungparteien um hier eine Durchmischung anzustreben.
- Ich erhoffe mir einen Wegfall der starren Fronten, die wir momentan haben. Links gegen rechts und in der Mitte gibt's dann das Zünglein an der Waage, sondern, dass dann die Fronten mehr aufgeweicht sind und wieder mehr Sachpolitik betrieben wird.
- Ich erhoffe mir auch keine knappen Entscheide, und dass man eine Motion oder ein Postulat in eine Interpellation umwandeln muss, nur, weil zwei Personen auf der einen Seite krank sind. Diese Situationen wird es dann vielleicht weniger geben.

Mit all diesen Wünschen, die wahrscheinlich Wünsche bleiben, nebst denjenigen Idealfällen, die wir vom Motionär und von Angela Penkov (AL) gehört haben. Es wird nicht ganz so herauskommen, aber man sollte wenigstens die Chance packen."

#### **Christian Ulmer (SP)**

**Schlusswort** 

"Herzlichen Dank für die engagierten Voten. Ich bin ein bisschen ernüchtert, denn ich habe mir ehrlich gesagt mehr Chancen ausgerechnet. Es ist vielleicht ein bisschen ein zu philosophischer Ansatz, den ich hier gepflegt habe. Es geht mir nämlich um ein Signal. Ein Signal nach aussen, so dass die demokratischen Türen weit aufgestossen werden und nicht zugezogen. Ich denke dieses Signal würde auch bei der Bevölkerung ankommen. Ich finde es ziemlich vermessen zu sagen, es hätte vor der Bevölkerung keine Chance. Das müsste man schon noch feststellen.

Das Votum von Michael Mundt (SVP) ist schlicht enttäuschend. Da muss ich nicht weiter darauf eingehen. Das hat auch schon einmal vor ein paar Monaten anders getönt, aber die Volkspartei will das Volk nicht immer dabeihaben. Das ist mir schon klar.

Unser Milizsystem braucht Fürstreiter und keine Resignation. Die Tendenzen, alles zu verkleinern, weg zu rationalisieren und irgendwann aufzugeben und zu professionalisieren, die ist in allen Gesellschaftsbereichen zu beobachten. Ich wehre mich dagegen, weil es unsere Gesellschaft ein Stück weit ärmer macht. Wir hätten hier eine Chance, in die andere Richtung zu marschieren. Es soll mir niemand sagen, er wüsste, wie sich die zukünftige Gesellschaft hier in unserer Demokratie bewegt. Die Friday for Future Bewegung, die Klimajugend beweist jetzt, dass es Nachwuchs gibt und die wird sich sicher auch engagieren.

Zudem eine Attraktivierung der Ratsarbeit tut Not. Das wurde im Kantonsrat festgestellt. Wir müssen darüber diskutieren, wer in welcher Form in einem Parlament arbeiten kann und will. Leben und Politik müssen wie Familie und Beruf vereinbar sein und bleiben.

Vielen Dank. Vielleicht gibt es doch noch ein paar spontane Stimmen für meine Motion. Ich würde mich freuen."

#### **SCHLUSSABSTIMMUNG (ABSTIMMUNG NR. 1)**

Die Motion wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 18:16 Stimmen als nicht erheblich erklärt.

Das Geschäft ist somit erledigt.

## Traktandum 2 Postulat Monika Lacher (SP) vom 3. September 2019: Attraktivierung des Walther-Bringolf-Platzes

Monika Lacher (SP)

Begründung

"Gerne begründe ich das Postulat und gehe auf folgende vier Punkte genauer ein.

## 1. Der Parkplatzfrieden

Mein Postulat "Attraktivierung des Walther-Bringolf Platzes" soll einen Prozess, welcher vor 45 Jahren angestossen wurde, weiterführen, nämlich die Verschiebung von oberirdischen zu unterirdischen Parkplätzen in unserer Altstadt. Die beiden Hauptachsen Vordergasse und Vorstadt wurden damals autofrei. Mit den gleichen Argumenten wie heute beim Walter-Bringolf Platz, wurde die schrittweise Einführung einer Fussgängerzone in der Altstadt bekämpft. Heute zeigt sich auf dem Fronwagplatz und diesen beiden Hauptachsen erfreulicherweise ein ganz anderes Bild. Einkaufsmöglichkeiten und Restaurants locken mit Sitzplätzen inmitten der schönen Altstadthäuser, Spaziergänger sind am Shoppen und Kinder rennen gefahrlos über den Platz. Nichts vom prophezeiten "Weltuntergang", sondern erfreulich viel Leben.

1999 schlossen Politik, Gewerbe und Umweltverbände den sogenannten Parkplatzfrieden. Das heisst, es wurde gemeinsam beschlossen, oberirdische Parkplätze schrittweise durch unterirische zu ersetzen. Es wurden mehrere Parkhäuser erstellt, welche heute hunderte von Parkplätzen anbieten. Insgesamt

stehen den Autofahrern in der Stadt mehr denn je öffentliche Parkplätze zur Verfügung, die Zahl nimmt stetig zu. Dies ist nicht neu und war schon damals in der Antwort der Kleinen Anfrage von Res Hauser (JFSH) "Werden Parkplätze in der Stadt Schaffhausen weiterhin ersatzlos gestrichen?" vom 17. Dezember 2019 festgehalten.

In den letzten Jahrzehnten wurde es privaten Investoren ermöglicht, diverse unterirdische Parkhäuser zu erstellen. Das Bleicheareal wurde von der Stadt dafür extra freigespielt. Es ist also im Interesse aller und auch dieser privaten Parkhausbetreiber, ihre Parkfelder jetzt und in Zukunft voll auszulasten. Dieses Ziel ist im Parkhaus Bahnhof noch nicht erreicht, die Auslastung dürfte dort gerne grösser sein. Die Aufhebung der Parkplätze auf dem Walther-Bringolf Platz würde dies demzufolge positiv unterstützen.

Zugunsten der Automobilisten ist der erwähnte Parkplatzfrieden vollumfänglich eingehalten. Die Zeit ist jetzt reif, dass der Walther-Bringolf-Platz seine triste Parkplatzfunktion auflöst und wieder ein lebenswerter Ort wird. Dies war er sicherlich, bevor er im vergangenen Jahrhundert der Mobilität geopfert wurde. Mein Postulat ist die korrekte Umsetzung des Parkplatzfrieden, von welchem nun die Bewohner und Fussgänger profitieren sollen.

## 2. Möglicher Umsatzrückgang für das Gewerbe

Gerne wird immer wieder erwähnt, dass ein Parkplatz für die Gewerbebetreibenden zwischen 100'000 Franken bis 300'000 Franken pro Jahr generieren würde. Diese Berichte habe ich selbstverständlich gelesen. Sie beziehen sich aber auf Grossstädte und dort auf Strassen wie zum Beispiel den Rennweg in Zürich oder die Spahlengasse in Basel.

Wir müssten diese Summen in einer vernünftigen Relation auf Schaffhausen reduzieren. Bei objektiver Betrachtung ist anzunehmen, dass die Abschaffung der Parkplätze auf dem Walther-Bringolf-Platz kaum eine Umsatzminderung für die angrenzenden Geschäfte und Restaurants zur Folge haben wird. Denn im Gegensatz zu Zürich und Basel finden sich in Schaffhausen immer in kürzester Gehdistanz Parkhäuser. Wir zählen heute sieben Parkhäuser unmittelbar in oder direkt neben der Altstadt. Von diesen entfernt ist jeder Punkt der Altstadt mit einer Gehdistanz von maximal 10 Minuten (maximal 250 Meter) erreichbar. Die Parkhäuser befinden sich also in angenehmer Nähe zu Geschäften und Restaurants.

Auch die Stadt Zürich kam in ihrem Bericht "Rennweg mit und ohne Parkplätze" vom Oktober 2007 zum Schluss: "Wer befürchtete, die Käufer würden in grösserer Zahl ausbleiben, wenn sie nicht mehr unmittelbar am Rennweg parkieren können, ist dafür eher positiv überrascht. Letztlich ist für die Ladenbesitzer vieles gleich geblieben, weil die Frage der Parkierungsmöglichkeiten eben nur eine von vielen ist."

#### 3. Das Stadthausgeviert

In der Stadt Schaffhausen wird sich die Situation am Walther-Bringolf-Platz in Zukunft grundsätzlich verändern. Nach der erfolgreichen Abstimmung vom 17. November 2019 betreffs "Stadthausgeviert" ist klar, in unserer Altstadt entsteht ein zum Leben erweckter Stadtteil mit zusätzlich neuen Wohn- und Arbeitsplätzen. Das Stadthausgeviert wird renoviert, neu- oder umgebaut. Während der mehrjährigen Bauphase wird der Individualverkehr sowieso durch die Baustellenzufahrt verunmöglicht. Daher wäre es nach Abschluss der Bauarbeiten ein Leichtes, diesen Status Quo beizubehalten. Eine Regelung des Zubringerdienstes und auch eine

Zufahrt für handicapierte Menschen soll selbstverständlich während und auch nach der Bauphase möglich bleiben.

In Zusammenhang mit der Neupositionierung des Stadthausgeviertes macht es Sinn, die Verkehrsführung gesamtheitlich neu zu überdenken und neu zu planen. Zudem ist bekanntlich ein Restaurant mit Sitzplätzen im Freien geplant. Sicher würde es für die Gäste reizvoller und für den Betreiber umsatzsteigernd sein, wenn die Gäste nicht neben parkierenden Autos sitzen müssten.

Die Altstadt ist im Wandel. Sie soll auch in Zukunft als attraktives Zentrum für Bewohner, Einkaufende und Touristen den vielen Anforderungen gerecht werden. Die Attraktivität zu steigern heisst für mich, Plätze und Gassen so aufzuwerten, dass sich Menschen gern darin aufhalten, flanieren, in Gassenrestaurants konsumieren und einkaufen.

Ein Beispiel in der Neustadt hat es exemplarisch gezeigt, was die Aufhebung nur eines Parkplatzes bewirkt hat. Plötzlich sitzen Menschen an Tischen auf dem freigewordenen Platz vor einem Restaurant, konsumieren und kommen miteinander ins Gespräch – die Strasse ist belebt. Das Bedürfnis für solche Aufenthaltsorte im Freien ist mehr als offensichtlich. Es zeigt sich deutlich, Fussgänger und Velofahrer konsumieren einiges mehr, weil sie langsam unterwegs sind und zudem die Möglichkeit haben, spontan ein Lokal aufzusuchen.

#### 4. Das Klima

Als letztes möchte ich einen weiteren Aspekt nicht unerwähnt lassen, warum in unserer Altstadt Plätze einer neuen Nutzung zugeführt werden sollten.

Städte überhitzen bekanntlich im Sommer schneller als grüne Aussenquartiere. Eine valable Strategie zur natürlichen Kühlung des Mikroklimas in Städten sind Grünflächen. In Anbetracht der aktuellen klimatischen Veränderungen sollte auch unsere Stadt vermehrte Grünflächen in der Altstadt schaffen, damit die Menschen sich gesund und wohl darin aufhalten und leben können.

Der Walther-Bringolf-Platz ist dafür prädestiniert, begrünt zu werden. Es soll kein Wunschtraum bleiben, dass in naher Zukunft Bewohnerinnen, Bewohner, Touristen, Gäste und Kinder im Schatten neben dem Brunnen spielend, plaudernd und geniessend verweilen können. Ein verhältnismässig kleiner Aufwand mit grosser Wirkung auf die Lebensqualität Aller.

Nach diesen Ausführungen hoffe ich, alle leicht verständlich zu überzeugen, dass wir viel gewinnen, wenn mein Postulat mehr als nur eine Debatte über die Anzahl und den wirtschaftlichen Nutzen von oberirdischen Parkplätzen auslöst. Das Postulat ist auch kein Angriff gegen die Laden- und Restaurantbesitzer – im Gegenteil, ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam profitieren. Es ist das ehrliche Bestreben, einem neuen Teil unserer Altstadt neues Leben einzuhauchen.

Ich bin auf die Diskussion gespannt und freue mich auf Ihre Voten. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

#### SR Dr. Katrin Bernath

#### Stellungnahme Stadtrat

"Der Stadtrat nimmt wie folgt Stellung zum Postulat von Monika Lacher (SP).

Das Postulat umfasst mehrere Aspekte und es geht einerseits um die Attraktivierung des Platzes zur Steigerung der Aufenthaltsqualität und andererseits um die Verkehrsführung und Parkierung.

## 1. Ausgangslage: Bisherige politische Diskussionen und Beschlüsse

Die Aufwertung der Plätze in der Altstadt und die Parkierung in der Altstadt ist seit Jahrzehnten ein Brennpunkt der städtischen Politik. Der Stadtrat hat Ende der 1990er Jahre einen Runden Tisch zur Parkraumplanung initiiert. In der partei- und interessenübergreifenden Arbeitsgruppe haben rund 50 Personen aus Politik, Interessen- und Umweltverbänden, Wirtschaftsförderung und Verwaltung mitgewirkt. Der von den Teilnehmenden unterzeichnete Schlussbericht ging als sogenannter "Parkplatzfrieden" in die Geschichte ein. Darin wurden verschiedene Massnahmen festgehalten, die zu einer qualitätsvollen Entwicklung der Altstadt beitragen und die Bedürfnisse der verschiedenen Nutzerinnen und Nutzer berücksichtigen.

Der Grosse Stadtrat hat der Vorlage zu diesem Schlussbericht am 14. September 1999 mit nur einer Gegenstimme zugestimmt und den Stadtrat mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen beauftragt. Dazu wurde ein Umsetzungsstab eingesetzt, der bereits zwei Jahre später den Richtplan Parkierung vorlegte. Der Grosse Stadtrat hat den Richtplan Parkierung im November 2001 verabschiedet und damit einerseits dem Bau zusätzlicher Parkplätze an peripherer Lage der Altstadt und andererseits den Umsetzungsstab beauftragt, den Zeitplan für die Aufhebung von Parkplätzen in der Altstadt nach Massgabe tatsächlich realisierter neuer Parkplätze festzulegen und dem Stadtrat zu unterbreiten.

Im Zwischenbericht des Umsetzungsstabs Parkraumplanung im Jahr 2004 wurde aufgezeigt, welche Massnahmen umgesetzt wurden und darauf hingewiesen, dass weitere Arbeiten folgen werden.

Im Juni 2006 hat der Stadtrat die Arbeitsgruppe "Attraktivierung Altstadt" eingesetzt, die unter anderem den Auftrag hatte, die Arbeiten des Umsetzungsstabes insbesondere der Parkplatz- und allgemeiner Verkehrsfragen im Sinne der Beschlüsse des Runden Tisches Parkraumplanung fortzusetzen und Vorschläge zuhanden des Stadtrats bezüglich Attraktivierung und Gestaltung des öffentlichen Raumes in der Altstadt auszuarbeiten. In der Arbeitsgruppe waren sowohl Vertreterinnen aus der städtischen Verwaltung wie auch aus Interessengruppierungen aus Pro City, IG Unterstadt, Gewerbeverband, Einwohnerverein Altstadt, Schaffhauserland Tourismus, TCS, ACS, Hotellerieverein/Gastro Schaffhausen, Pro Velo und VCS sowie Schaffhauser Polizei vertreten. Die Arbeitsgruppe wurde 2016 aufgelöst.

2. Ausgangslage: Platzaufwertungen und Situation beim Walther-Bringolf-Platz Wie der Stadtrat 2014 in seiner Stellungnahme zur Petition "Parkplatzfrieden endlich umsetzen" festhielt, sollen verschiedene Plätze schrittweise und unter Berücksichtigung der verschiedenen Nutzungsbedürfnisse weiterentwickelt werden. Konkret umgesetzt wurden Massnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität am Platz und zur Neugestaltung vor dem Haberhaus in der Neustadt. Die Planungen für weitere, in der damaligen Stellungnahme genannte Plätze, wurden seither unter anderem aufgrund mangelnder personeller Ressourcen noch nicht umgesetzt. Verschiedene Planungen wurden jedoch wieder aufgenommen, unter anderem auch

die Aufwertung des Kammgarnhofs als Bestandteil der Vorlage zur Entwicklung des Kammgarnareals.

Beim Platz beziehungsweise neu Walther-Bringolf-Platz ist die Nutzung der Liegenschaften im Erdgeschossbereich entscheidend für die Platzgestaltung. Der Stadtrat hat sich bereits 2014 für eine schrittweise Weiterentwicklung des Platzes ausgesprochen und darauf hingewiesen, dass die Entwicklung der angrenzenden Liegenschaften die Nutzung beeinflusst. Durch die Sanierung der "Konstanzischen Schütte" und des Stadthausgevierts wird eine Belebung der entsprechenden Erdgeschosse angestrebt. Wie in der Vorlage zum Stadthausgeviert festgehalten, werden bei der Baurechtsvergabe folgende Nutzungsvorgaben gemacht:

- Generell sind im Erdgeschoss publikumsorientierte Nutzungen vorzusehen.
- Im "Guardianshaus" muss auf mindestens 50% der Hauptnutzfläche eine gastronomische Nutzung eingeplant werden. Neben dem Innenhof wird für das Restaurant auch auf dem Walther-Bringolf-Platz eine Aussenfläche zur Verfügung stehen.

Entscheidend für die Platzgestaltung ist auch die Frage der Verkehrsführung und Parkierung. Der Bereich von der oberen Repfergasse über den Walther-Bringolf-Platz und die Krummgasse beziehungsweise Safrangasse zur Stadthausgasse ist heute nicht Teil der Fussgängerzone. Der motorisierte Verkehr in diesem Bereich ist mit der Zufahrt zu Parkplätzen verbunden, wobei es sowohl öffentliche als auch private Parkplätze gibt.

## 3. Aktuelle Entwicklungen und Vorgehen

Die Innenstadtentwicklung ist in Schaffhausen wie auch in anderen Städten eine grosse Herausforderung. Eine zentrale Frage ist, wie die Innenstadt belebt werden kann.

Wie die im Jahr 2015 in einem Prozess erarbeitete Strategie zur kooperativen Innenstadtentwicklung aufzeigt, sind verschiedene Strategielinien und Massnahmen gefragt. Ein Handlungsfeld ist die Erlebnis- und Raumqualität. Das Angebot vielfältiger Erlebnisse und eine hohe Aufenthaltsqualität der öffentlichen Räume tragen zur Belebung bei, indem Anreize gesetzt werden, in die Innenstadt zu kommen und sich hier länger aufzuhalten.

Der Stadtrat engagiert sich zusammen mit verschiedenen Akteuren für die Innenstadtentwicklung. Während die Schaffung vielfältiger Erlebnisse in erster Linie vom Engagement privater Anbieter abhängig ist, hat die Stadt die Federführung bei der Attraktivierung öffentlicher Räume. Deshalb hat der Stadtrat in der Legislaturplanung das Ziel formuliert, öffentliche Räume und Plätze aufzuwerten und so eine lebendige Altstadt zu fördern. Die Entwicklung von Massnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität des Walther-Bringolf-Platzes ist in Übereinstimmung mit diesem Ziel und entsprechend sieht der Stadtrat vor, die Rahmenbedingungen für die Nutzung und Gestaltung des Platzes zu erarbeiten.

Dabei geht es in einem ersten Schritt darum, zusammen mit interessierten Akteuren aus Gewerbe, Vereinen und Anwohnenden die Bedürfnisse zur Nutzung des Platzes und zum Verkehrsregime abzuholen. Diese Erkenntnisse bilden die Grundlage für ein Verkehrs- und Nutzungskonzept. Dieses soll die Rahmenbedingungen festlegen für Massnahmen, die in Etappen und in Abhängigkeit der baulichen Entwicklung im

Stadthausgeviert umgesetzt werden können.

Dem Stadtrat ist es ein Anliegen, verschiedene Varianten bezüglich Nutzungen inklusive Parkierung und Zufahrtsmöglichkeiten für Gewerbe, den privaten motorisierten Verkehr und Velos offen zu prüfen.

#### 4. Fazit

Attraktive öffentliche Räume, die eine hohe Aufenthaltsqualität haben und Raum bieten für verschiedene Nutzungen, tragen zur Belebung der Innenstadt bei. Die Aufwertung und Gestaltung des öffentlichen Raumes in der Altstadt ist als Daueraufgabe der Stadt zu verstehen, die mit den aktuellen Herausforderungen der Innenstadtentwicklung ein neues Gewicht erhält. Der Bedarf zur Aufwertung des Walther-Bringolf-Platzes ergibt sich aufgrund der zentralen Lage sowie der Sanierungen und neuen Nutzungen der anliegenden Liegenschaften.

In diesem Sinn ist der Stadtrat bereit, das Postulat entgegen zu nehmen und die Nutzungen sowie das Verkehrsregime zu prüfen."

Raphael Kräuchi (GLP) glp/Grüne/CVP/EVP-Fraktionserklärung "Gerne übermittle ich Ihnen die Haltung der glp/Grüne/CVP/EVP/-Fraktion zum Postulat "Attraktivierung des Walther-Bringolf-Platzes" von Grossstadträtin Monika Lacher (SP).

Um es kurz zu machen: Unsere Fraktion unterstützt den Postulatstext und die einleitende Begründung im Schreiben der Postulantin vollumfänglich.

Unsere schöne Altstadt verdient eine Aufwertung, wo immer dies möglich ist. Und ja, auch wenn es für einige Personen nichts Schöneres gibt, als an parkierten Blechschlangen vorbeizuspazieren – das Aufheben der Parkplätze ist eine Massnahme, die zur Aufwertung der Altstadt beiträgt. Niemand kann sich ernsthaft den vollparkierten Herrenacker oder gar den Kreisverkehr um den Landsknechtbrunnen auf dem Fronwagplatz zurückwünschen. Oder doch?

Die engen Gassen im Bereich der Krummgasse oder auf dem Platz beziehungsweise neu dem Walther-Bringolf-Platz sind historisch ebenfalls nicht für den Autoverkehr angelegt worden und führen zu mühsamem Suchverkehr. Parkplätze gehören unter die Erde oder an die Peripherie, nicht in die historische Altstadt. Die Argumente, dass immer mehr Parkplätze abgeschafft werden, verhalten nicht, ist doch der Saldo der vorhandenen Parkplätze um den Stadtkern in den letzten Jahren gestiegen. Von den vorhandenen Parkhäusern im Ring um die Altstadt können die Geschäfte bequem zu Fuss besucht werden oder noch besser, man benutzt die öffentlichen Verkehrsmittel.

Unserer Meinung nach kommt der Prüfauftrag im Zusammenhang mit der Aufwertung des Stadthausgevierts genau zum richtigen Zeitpunkt. Die neuen Restaurationsbetriebe, Geschäfte und Bewohner dieser Region können sich an der besseren Aufenthaltsqualität freuen, was mehr Leute in die Stadt bringen und letztendlich für alle von Nutzen sein wird.

Aus all diesen Gründen stimmt die glp/Grüne/CVP/EVP-Fraktion der Überweisung dieses Prüfauftrags zu und empfiehlt Ihnen, dies ebenfalls zu tun."

## Markus Leu (SVP)

## SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

"Es freut mich, Ihnen die Fraktionserklärung der SVP/JSVP/EDU-Fraktion vorzutragen.

Wir hatten an der letzten Fraktionssitzung dieses Postulat beraten und kamen zu folgendem Schluss.

Ob man für oder gegen dieses Postulat ist, spielt eigentlich gar keine Rolle, denn es ist jetzt schlichtweg der falsche Zeitpunkt für dieses Postulat. Sie wissen alle, dass in einiger Zeit mit der Sanierung des Stadthausgevierts begonnen wird. Für diese Arbeiten braucht es Schutzgerüste, die auf dem öffentlichen Grund abgestellt werden müssen. Weiter braucht es Installationsplätze für den Materialumschlag und die Zwischenlagerung von Baumaterial. Diese Materialien können lediglich auf dem Walther-Bringolf-Platz bereitgestellt werden.

Im Weiteren brauchen die Kunden der Verwaltung, wie auch die Stadtpolizei, Kurzzeitparkplätze in Stadthausnähe. Ebenfalls muss die Zufahrt für Gehbehinderte gewährleistet sein.

Wie Sie ebenfalls wissen, wird in den nächsten Jahren mit der Planung für die Gestaltung des Kirchhofplatzes begonnen. Dies ist der richtige Zeitpunkt, sich ebenfalls Gedanken über den Walther-Bringolf-Platz zu machen und nicht früher. Dieses Postulat verursacht zum jetzigen Zeitpunkt nur unnötige Arbeit für die Verwaltung.

Unserer Meinung nach ist das ein reines Parkplatzabschaffungs-Postulat, mit negativen Auswirkungen für die Kundschaft der Altstadtgeschäfte. Sie können auch mit Teufelsgewalt die Geschäfte in der Altstadt ruinieren und sich dann fragen, wieso die Geschäfte schliessen müssen.

Aus all diesen Gründen wird unsere Fraktion dieses Postulat einstimmig ablehnen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

## Diego Faccani (FDP)

#### FDP/JFSH-Fraktionserklärung

"Ich darf Ihnen die Meinung der FDP/JFSH zu diesem Vorstoss näherbringen. Um das zum Ausdruck zu bringen, kann ich mich äusserst kurzhalten, denn wir sind einstimmig für nicht erheblich erklären.

Die Erklärung "warum" das so ist dauert hingegen etwas länger und hat mit dem Parkplatzfrieden absolut nichts zu tun.

Für uns ist es definitiv der falsche Zeitpunkt, um über eine Nutzungsänderung und eventuelle Attraktivierung des Platzes zu sinnieren. Sogar die Postulantin hat das gesagt. Denn wenn der Baustart beim Stadthausgeviert losgeht, stehen dort Baumaschinen und Material und die frischgetrauten Turteltauben haben wieder keinen adäquaten Platz, um auf den schönsten Tag im Leben anstossen zu können.

Man muss den Apéro ja auch nicht auf einer befahrenen Gasse einnehmen. Eingeweihte wissen, dass das Haus zum Freudenfels einen Innenhof hat, welcher wildromantisch daherkommt. Gut, die grosse Rikscha oder der zwölfzylindrige

Amischlitten passt nicht durch diese Tür.

Es ist sicher so, dass das Nutzungskonzept des Platzes angeschaut werden muss, aber nur die Autos verbannen und dann nichts tun, ist auch nicht sinnvoll. So wird kein Platz belebt. Ich persönlich finde es auch toll, wenn ich im Süden bin und auf einer Piazza meinen Apérol zu mir nehmen kann. Aber leider leben wir nicht dort und bei uns ist es halt mehrheitlich grau und nass. Im Übrigen fahren dort noch mehr Autos und man findet es wahnsinnig authentisch.

Meines Erachtens ist es vernünftig, den Baurechtsnehmer des Guardianhauses und die anderen Gewerbetreibenden mit ins Boot zu holen und mit ihnen zusammen an der künftigen Gestaltung des Platzes zu arbeiten um auch ihren Bedürfnissen gerecht zu werden.

Es sind schon weitere Platzgestaltungsprojekte hängig, welche endlich an die Hand genommen gehören und sicher vor dem Platz dran sind. Das wäre die Vorstadt vor der Kantonalbank mit dem Schützenstübli oder auch der Herrenacker.

Gehen wir nun Schritt für Schritt bei der Neunutzung des Platzes. Wir haben wirklich genügend Zeit während der Bauzeit des Stadthausgevierts, um dies zu planen und auszuführen. Es braucht unseres Erachtens dieses Postulat nicht."

#### Matthias Frick (AL)

## AL-Fraktionserklärung

"Ich nehme an, Sie können sich vorstellen, was unsere Position zum Postulat von Monika Lacher (SP) ist. Wir stimmen dem Parkplatzabschaffungspostulat aus Überzeugung zu, sind höchstens ein wenig zerknirscht, dass wir ihr nicht zuvorgekommen sind.

Im sogenannten Parkplatzfrieden heisst es unter dem Stichwort "Vision 2005": "Die ausgedehnte Fussgängerzone erreicht alle innerstädtischen Plätze. Freier Platz, Herrenacker, Platz, Kirchhofplatz und Münsterplatz wurden in den letzten Jahren neu gestaltet und vom Verkehr weitgehend beruhigt." Es ist nun über 20 Jahre her, dass dieses Ziel formuliert wurde. Offensichtlich ist es der falsche Zeitpunkt für dieses Postulat, da gebe ich Markus Leu (SVP) und Diego Faccani (FDP) recht. Das Postulat kommt 20 Jahre zu spät.

Oder anderes kam viel zu früh. In der Zwischenzeit kam nämlich beispielsweise das Parkhaus Herrenacker, das Parkhaus Diana, das Parkhaus Bleiche, das Parkhaus Landhaus. Anderes wurde vom Volk abgelehnt. Das Parkleitsystem beispielsweise. Gleich zweimal, wenn ich mich richtig erinnere. Was konsequent nicht umgesetzt wurde, ist der gleichzeitige Abbau von Parkierungsmöglichkeiten im öffentlichen Strassenraum der Altstadt. Dabei wäre das für das Funktionieren der Parkhäuser zwingend. Das Schlusspapier des runden Tisches von 1999 hält dazu unter anderem fest: "Entscheidend für die wirtschaftliche Prosperität von Parkierungsanlagen ist, dass das konkurrenzierende Parkierungsangebot im Strassenraum der Altstadt koordiniert mit dem Entstehen neuer Parkhäuser abgebaut wird. Dies ermöglicht gleichzeitig die gestalterische Aufwertung der Plätze in der Altstadt."

Diese Chance haben wir verpasst. Wir haben nun beides: Eine mit Autos zugestellte Altstadt und einen Haufen Parkhäuser. Die Anzahl Parkplätze in der Altstadt Schaffhausen hat zwischen den Jahren 2000 und 2015 um 724 Plätze zugenommen.

Und dennoch kann die rechte Ratsseite irgendwie nicht damit aufhören, zu behaupten, dass das gesamte Gewerbe in der Altstadt den sofortigen Tod stirbt, wenn ein paar Parkplätze in der Altstadt abgebaut werden. Das, meine Damen und Herren, ist lächerlich.

Ob, wie und in welchem Umfang gegen die Veränderungen im Detailhandel vorgegangen werden kann, hängt primär von anderen Faktoren als den Parkplätzen ab, egal wie oft dieser Unsinn wiederholt wird. Aber über eine städtische Immobilienpolitik wollen Sie ja nicht sprechen. Sie phantasieren dann etwas von Verstaatlichung der Immobilienbranche.

Über die Bewilligungspraxis für neue Einkaufszentren im Herblingertal wollten und wollen Sie wahrscheinlich auch nicht sprechen. Obwohl da der Zug wohl auch schon abgefahren ist. Und über die Bewirtschaftungspflicht von Parkierungsanlagen bei publikumsintensiven Einrichtungen auch nicht. Weder hier, noch im Kantonsrat. Das, meine Damen und Herren, ist entlarvend. Es geht Ihnen nicht darum, die Altstadt als attraktives Einkaufszentrum zu erhalten. Sie wollen ganz einfach selbst mit ihrer Karre in die Altstadt fahren können. Möglichst mitten hinein. Egal, was das für Auswirkungen hat.

Nun, ich fahre auch gerne mit meiner Karre direkt in die Stadt hinein. Gerade an den Platz. Ich wohne nämlich da. Aber ich kann von meinem Eigeninteresse Abstand nehmen.

Ich möchte, dass der Platz attraktiviert wird. Und das bedeutet zwingend eine weitgehende Befreiung vom motorisierten Verkehr. Und eine Neugestaltung des Platzes als öffentlicher Raum für Menschen anstatt für Autos oder für den Kommerz. Also auf eine möglichst andere Art als beim Herrenacker.

Nachdem nun alle Fraktionssprecher hier die Position ihrer Fraktion klargemacht haben, ist wohl absehbar, wie das Ergebnis aussehen wird. Für die in der Abstimmung voraussichtlich Unterliegenden, spendiert die AL-Fraktion eine Dose Kreidespray zur Markierung eines temporären Parkfelds. Ich übergebe diese stellvertretend an die Ratspräsidentin Nicole Herren (FDP)."

Urs Tanner (SP) Votum

"Ich gehöre zu jenen, die Schnaps trinken und Schnaps predigen. Ich habe kein Auto und gehöre zu jenen 50%, eine krasse Minderheit der Stadt Schaffhausen, die kein Auto haben! Der Parkplatzfrieden, dieses 100-seitige Dokument, wurde gar nie umgesetzt. Damit kann man ein grosses Feuerchen machen. Ich habe etwas in der Geschichte gewühlt, wie Kollege Matthias Frick von der AL, der dies sehr gut recherchiert hat. Ich war sogar noch dabei. Wir haben schon im Jahr 2000 einen Vorstoss gemacht, "Parkplatzabbau von 50 Parkplätzen - jetzt". Das war immer ein sehr grosses Gerangel. Die Addition stimmt. Man hat damals ein bisschen die Subtraktion vergessen. Diese Aufwertung vom Walther-Bringolf-Platz muss einfach noch beendet werden.

Wenn ich dann höre, diese Planung sei jetzt zu früh! Geht das? Ich bin ein einfacher Jurist und Lehrer. Kann man etwas zu früh planen, bei dem man weiss, dass das Stadthausgeviert kommen wird? Ich finde eure Bauvisionen auch sehr schön. Dies kann doch nicht der Grund sein, das kluge Postulat von Monika Lacher (SP)

abzulehnen.

Wenn der Stadtrat nicht planen würde, dann würdet ihr die Stadträtin prügeln, dass dies zu planen sei. Das ist sicherlich nicht zu früh. Es ist nicht zu früh, sondern, wie der Kollege von der AL bereits erwähnt hat, 20 Jahre zu spät."

## Diego Faccani (FDP)

Votum

"Es geht hier gar nicht um das Dagegensein. Gegen die Nutzungsumgestaltung des Platzes hat niemand etwas. Entlarvend ist einfach nur, dass uns jetzt die linke Seite und auch die "Traadinger" immer nur den Parkplatzfrieden vorhalten.

Haben wir mit einem Wort die Parkplätze erwähnt? Mit keinem. Es gibt wirklich keinen Grund, um eine Neuplanung des Platzes jetzt zu forcieren. Wenn ich sage, die Planung ist zu früh, dann wissen Sie, Urs Tanner (SP), was die künftigen Nutzer am Platz denn möchten und was für diese stimmt? Ich glaube das nicht.

Das sollten wir dem Stadtrat überlassen, diese Planung zu gegebener Zeit an die Hand zu nehmen. Dafür braucht es dieses kluge Postulat, wie Sie gesagt haben, wirklich nicht."

#### Monika Lacher (SP)

**Schlusswort** 

"Ich danke für die angeregte Diskussion. Vor allem freut es mich, dass viele Kolleginnen und Kollegen sich dafür einsetzen, dass unser Walther-Bringolf-Platz belebt wird. Ich möchte mich zu den Planungs- und Bauphasen nicht äussern. Ich denke, wenn ich jetzt ein bisschen bösartig wäre, würde ich sagen, vorausschauendes Planen ist wohl nicht jedermanns Sache. Es ist ein Prüfungsauftrag und da wird der Stadtrat sicher selber wissen, wann dann der richtige Zeitpunkt gekommen ist, wenn alle Baukräne wieder abgebaut sind. Da ich in meinem Anfangsvotum bereits die Beweggründe erläutert habe und nichts mehr Neues dazugekommen ist, schliesse ich nun mein Votum. Lasst uns das Postulat überweisen."

## SCHLUSSABSTIMMUNG (ABSTIMMUNG NR. 2)

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 19:14 Stimmen als erheblich erklärt.

Das Geschäft ist somit erledigt.

#### Traktandum 3 Postulat René Schmidt (GLP) vom 3. September 2019:

SH POWER Stromprodukte nur noch aus 100%

erneuerbaren Energien

#### René Schmidt (GLP)

Begründung

"Ist eine Grundversorgung mit Strom ausschliesslich aus erneuerbaren Energien sinnyoll und machbar?

Gerne ergänze ich die Begründung des Postulats "SH POWER Stromprodukte nur noch aus 100% erneuerbaren Energien" und möchte Sie von der Dringlichkeit und Notwendigkeit einer Umstellung überzeugen, falls überhaupt noch Zweifel bestehen.

Erneuerbare Energie bietet gegenüber fossilen Brennstoffen den Vorteil, deutlich umweltfreundlicher und damit nachhaltig Strom bereitzustellen. Die Verbrennung fossiler Brennstoffe setzt klimaschädliches CO2 frei, das nach wissenschaftlichen Erkenntnissen ein massgeblicher Grund für die Erderwärmung ist.

Daher setzen viele Elektrizitätswerke wie das EWZ, EKZ, die industriellen Werke von Basel, Genf, Bern, Biel, Lugano und Luzern und noch weitere in der Stromgrundversorgung ausschliesslich auf erneuerbare Energie. Ich weiss nicht, ob bei uns dieser Trend nicht beachtet wurde, den SH POWER ist da noch nicht dabei.

Klimaschutz geht uns alle etwas an. Auch die Schweizer Wirtschaft geht mit gutem Beispiel voran. Basierend auf freiwilligen Massnahmen ist sie vermehrt auf dem Weg zur CO2-Reduktion und verfolgt diesen konsequent und mit unübersehbarer Public Relation weiter. Ich erwähne zwei bekannte Firmen als Beispiel, die ausschliesslich auf erneuerbare Energie setzen: Coop und Zürich Versicherung.

SH POWER hat von Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mit der Eignerstrategie den Auftrag bekommen, eine zuverlässige, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung sicherzustellen. Ein wichtiger Schritt dazu, ist meiner Meinung nach, auf das Stromprodukt "Egal" im Angebot zu verzichten. Egalstrom enthält Strom aus Kernenergie und anderen nicht erneuerbaren Energiequellen wie Strom aus Kohlekraftwerken. Dieses Stromprodukt steht im Gegensatz zu den Klimazielen. Egalstrom ist fast zu 100% für die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Strom von SH POWER verantwortlich. Trotz dem Nachteil von CO2 -Emissionen beim Stromprodukt "Egal" ist dieses nur 0,3 Rp./kWh gegenüber dem Stromprodukt "Basic" teurer

Die Diskussionen in der Bevölkerung (unter anderem "Klimaaktionen") zeigen deutlich, dass ein breiter Konsens besteht, Massnahmen zur Erfüllung der klima- und umweltpolitischen Ziele zu ergreifen, auch wenn damit die Wahlfreiheit der Bevölkerung eingeschränkt wird. Egalstrom stellt eine solche Massnahme dar. Sie lässt sich schnell und mit vertretbarem Aufwand umsetzen. Die Bevölkerung hat jedoch in der Grundversorgung weiterhin die Auswahl zwischen drei Stromprodukten.

Welche finanziellen Auswirkungen auf die Kundschaft von Egalstrom hätte diese Umstellung?

Der Wechsel vom Egalstrom zum nächst günstigeren Produkt "Clean Solution Basic" hat für die Kundinnen und Kunden folgende Auswirkungen:

Für die Verbrauchskategorie durchschnittliche Familie mit einem Jahresverbrauch

- von 4'500 kWh, 5-Zimmerwohnung mit Elektroherd und Trockner, ohne Elektroboiler, ergibt sich ein Mehrpreis von 4.50 Franken pro Jahr, was einer Erhöhung der Stromkosten um 0,5 Prozent bei jährlichen Stromkosten von rund 900 Franken entspricht.
- Für einen Kleinbetrieb, wie ein Restaurant, mit einem Jahresverbrauch von 75'000 kWh ergibt sich bei jährlichen Stromkosten von rund 14'000 Franken ein Mehrpreis von 75 Franken pro Jahr, was einer Erhöhung der Stromkosten um 0,5 Prozent entspricht.

Diese Zahlen sind etwa so genau wie die Schätzungen bei Bauplanungen mit +/- 20%.

Der Verzicht auf das Stromprodukt Egalstrom dürfte auf den wirtschaftlichen Erfolg von SH POWER nur geringe Auswirkungen haben und hängt davon ab, zu welchen Produkten die heutige Egalstrom-Kundschaft wechselt.

Ich komme zum Schluss und gebe Antwort auf die Anfangsfrage. Eine Grundversorgung mit Strom aus CO<sub>2</sub> neutraler Energie ist möglich, nötig und dringend.

Ich danke für eine breite Zustimmung und sage optimistisch "Tschüss Egal-Energie bei SH POWER"."

## Stadtpräsident Peter Neukomm

Stellungnahme Stadtrat

"Grossstadtrat René Schmidt (GLP) schlägt in seinem Postulat vom 3. September 2019 vor zu prüfen, ob SH POWER künftig nur noch Stromprodukte aus 100% erneuerbaren Energien anbieten soll.

Zu den wichtigsten 6 Punkten der Ausgangslage im Hinblick auf die Umsetzung dieser Forderung:

- Der Grosse Stadtrat hat die Eignerstrategie der städtischen Werke letztes Jahr verabschiedet. Diese hält fest, dass SH POWER bis 2024 möglichst keine Atomenergie mehr im Strommix ausweisen soll.
- 2. Ein Ausstieg aus der Atomenergie sieht auch die Energiestrategie 2050 und damit die eidgenössische Energiegesetzgebung vor. Um dabei aber nicht von Energie aus ausländischen Kohle- oder Kernkraftwerken abhängig zu werden, muss man langfristig auf Strom aus erneuerbaren Energien setzen. Der Grosse Stadtrat hat dies schon am 19. August 2014 so gesehen und folgendes beschlossen: "Der Kernenergieausstieg der Stadtverwaltung erfolgt einerseits durch den Bezug von möglichst lokal produziertem Strom aus erneuerbaren Energien und anderseits durch den Zubau von Solarstromanlagen und anderen erneuerbaren Energien auf städtischen Liegenschaften sowie durch Beteiligungen an alternativen Stromerzeugungsanlagen (Rahmenkredit Städtische Werke)".
- 3. Als erste Energiestadt der Schweiz seit 1991 mit dem Goldlabel, der höchsten Auszeichnung für Städte und Gemeinden, hat sich die Stadt verpflichtet, sich kontinuierlich für eine effiziente Energienutzung, für den Einsatz und die Förderung erneuerbarer Energien und für den Klimaschutz zu engagieren und dabei besonders hohe Anforderungen zu erfüllen.
- 4. Unbestritten ist, dass sich der Energiemarkt zunehmend von fossilen Brennstoffen

abwenden wird und die Bedeutung von erneuerbaren Energien immer grösser wird.

- Die Aktionäre der Swisspower AG, der strategischen Allianz der Schweizer Stadtwerke, welcher auch SH POWER angehört, hat sich in ihrem Masterplan 2050 (diesen finden Sie auf dem Internet) zum Ziel gesetzt, ihre Kunden künftig zu 100% mit erneuerbaren Energien zu versorgen. In diversen Stadtwerken wurde diese Ökologisierung des Strommixes bereits vorgenommen, ohne dass es zu Auswirkungen Wirtschaftlichkeit negativen auf deren aeführt erstaunlicherweise auch nicht bei den ungebundenen Grosskunden. Aber natürlich ist dieser Aspekt gerade im Hinblick auf die allfällige weitere Liberalisierung des Strommarkts genau anzuschauen, stehen die Städtischen Werke SH POWER bei den Energiepreisen doch in Konkurrenz zu anderen Anbietern.
- 6. Im Gegensatz zu vielen anderen Stromversorgern produziert SH POWER im Kraftwerk Schaffhausen Ökostrom praktisch "vor der Haustür" ihrer Kunden. Es ist heute daher schwierig zu argumentieren, warum das Standardprodukt von SH POWER ein europäischer Mix ist, welcher neben Wasserkraft auch Kohle- und Kernkraft enthält.

Ich komme damit zum Fazit des Stadtrats. Die Forderung des Postulats von René Schmidt (GLP) geht in die richtige Richtung. Eine Produkteumstellung auf 100% erneuerbare Energien wäre ein bedeutender Beitrag zur Umsetzung der demokratisch beschlossenen Vorgaben im Energiebereich.

Weil sich bei einer Ökologisierung des Stromangebots von SH POWER auch Fragen zur Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens stellen, welche sich auf Arbeitsplätze und wichtigen Einnahmen auswirken können, braucht es eine gesamtheitliche Betrachtung und eine realistische Einschätzung von Chancen und Risiken einer solchen Massnahme. Diese Fragen müssen sorgfältig geklärt werden.

Der Stadtrat versteht das Postulat in diesem Sinn als Prüfungsauftrag. Er ist der Ansicht, dass es sich lohnt, die Vor- und Nachteile einer Umstellung auf 100% erneuerbare Energien im Stromangebot von SH POWER vertieft anzuschauen und danach dem Grossen Stadtrat wieder Bericht zu erstatten.

Wir beantragen Ihnen deshalb, das Postulat an den Stadtrat zu überweisen. Besten Dank."

#### **Urs Tanner (SP)**

#### SP/JUSO-Fraktionserklärung

"Ich bin etwas erschüttert, weil ich von René Schmidt (GLP) eine sehr lange Begründung erwartet habe und jetzt hast du eine brillante gebracht, aber keine lange. Vielen Dank dafür. Wir wissen alle, dass es ein bisschen Wasser in den Rhein getragen ist und dass diese Strommix und Herkunftsangaben auch nicht alle zu 100% überprüfbar sind. Es gibt Zahlen, die nicht ganz klar sind. Am 11.11.2008 hat dieses Parlament die Motion "Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2040" angenommen. Dieses "Tschüss Atomstrom" wurde dann auf das Jahr 2024 reduziert, was schon ziemlich anspruchsvoll ist. Auch wir unterstützen diesen Vorstoss. Wenn Sie die gestern publizierten neusten Zahlen aus dem ganzen Schweizer Strommix nehmen, sind wir im Moment schweizweit bei 68% erneuerbaren

Energien, 15% aus Kernenergie und 16% von geliefertem Strom, bei dem die Herkunft und Zusammensetzung nicht überprüfbar ist. Diese Hürde und das anvisierte Ziel müssen hoch bleiben, das schaffen wir.

Schaut doch den Strommix den Deutschland mit der Kohle hat. Deutschland hat weniger als 20% Wasser. Wenn wir das nicht schaffen, dann wird es wirklich sehr schwierig. Viele Dank für deinen Vorstoss, René Schmidt (GLP). Wir unterstützen diesen einstimmig."

# Hermann Schlatter (SVP) SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung "Es freut mich, Ihnen die Fraktionsmeinung der SVP/JSVP/EDU-Fraktion zum Postulat

von Grossstadtrat René Schmidt (GLP) vorzutragen.

Gleich vorweg – unsere Fraktion kann mit diesem Postulat nichts anfangen, weshalb wir es geschlossen ablehnen.

Warum kommen wir zu dieser Haltung und warum verstehen wir nicht, weshalb der Stadtrat dieses Postulat entgegennehmen will. Sicher sind Ihnen noch die Beratungen zur "Eignerstrategie der Stadt Schaffhausen für die Städtischen Werke (SH POWER) 2019" vom letzten August in Erinnerung. Hier heisst es im Kapitel "Absicht des Eigners mit dem Unternehmen": "Spätestens 2024 wird SH POWER möglichst keine Atomenergie mehr im Strommix ausweisen". Es liegt also auf der Hand, dass die Verwaltungskommission (VK) der Städtischen Werke zusammen mit dem Stadtrat den Auftrag hat, auf das Jahr 2024 hin eine Vorlage bezüglich dieser Absichtserklärung dem Grossen Stadtrat zu unterbreiten. Denn ich gehe davon aus, dass es für diesen Zwang, den Stromkonsumenten gegenüber, nämlich Ökostrom zu beziehen, eine rechtliche Grundlage braucht und nur ein Beschluss der Verwaltungskommission dafür nicht reicht.

Warum es denn dafür noch dieses Postulat braucht, sehr geehrte Dame und Herren Stadträte, ist mehr als fraglich. Liegt es allenfalls daran, dass der nachgefragte Sachverhalt eben in der Gunst der grün-roten Mehrheit des Stadtrats liegt? Es ist geradezu auffällig, wie Vorstösse von der Mitte oder Links vom Stadtrat entgegengenommen werden, währendem Vorstösse von der rechten Ratsseite von diesem abgeblockt werden. Oder wurde das Postulat allenfalls gar von stadträtlicher Seite bestellt, denn die VK erfuhr erst kurz vor den letzten Sommerferien, wie bescheiden der Absatz an Ökostrom im Versorgungsgebiet von SH POWER ist, was die Vizepräsidentin der VK gelinde gesagt geradezu aufgeschreckt hat. Ja, so trägt das Postulat das Datum vom 27. August 2019 – meine Vermutung ist wohl nicht ganz abwegig.

Dass der Absatz an Ökostrom trotz "Energiestadt-Label" sehr bescheiden ist – ich gehe davon aus, ich darf den Prozentsatz hier nicht nennen, denn das Dokument, das wir erhalten haben, ist mit vertraulich gekennzeichnet, ansonsten mir der Stadtpräsident und Präsident der Verwaltungskommission eine Amtsgeheimnisverletzung unterstellen wird. Fragen, ob ich den Prozentsatz nennen darf, konnte ich in der Verwaltungskommission nicht, weil es Stadtpräsident Peter Neukomm einmal mehr nicht für notwendig hielt, dieses Postulat mit der VK zu besprechen, und dies obwohl es hier doch um die strategische Ausrichtung von SH POWER geht, was aus meiner Sicht klar in den Aufgabenbereich der VK fallen würde. Ja nun, dieses Vorgehen fördert die Zusammenarbeit und das Vertrauen innerhalb der VK bestimmt

nicht. Allenfalls gibt Ihnen der Stadtpräsident die Zahlen heute Abend noch bekannt. Ich werde es nicht machen.

Der bescheidene Absatz an Ökostrom zeigt aber auch, dass unsere Stadtbevölkerung und insbesondere unsere Stromkonsumenten nicht vom Greta-Virus infiziert sind, ansonsten sie sich ja geradezu um den grünen oder blauen Strom, wie immer Sie ihn nennen wollen, reissen würden. Es zeigt sich aber auch, dass denjenigen Bürgern, die vordergründig vom Greta-Virus infiziert sind, der Geldbeutel näherliegt, als Ökostrom zu beziehen, der teurer ist. Ich verzichte an dieser Stelle darauf die Frage zu stellen, wer von Ihnen alles grünen oder blauen Strom bezieht. Ich möchte Sie nicht in Verlegenheit bringen. Ich vermute aber, es werden nicht sehr viele hier im Ratssaal sein.

Und dann noch eine Präzisierung zur Aussage im Postulat "Für die Stadt Schaffhausen, sollte nur noch Strom aus erneuerbaren Energien angeboten werden". Diese Forderung können Sie nur im Parallelgang mit der EKS AG erreichen, Grossstadtrat René Schmidt (GLP), denn die Versorgungsgebiete von Buchthalen, Herblingen und Hemmental werden durch das kantonale Werk beliefert. Damit haben Sie diese drei Stadtteile heute nicht im Boot.

Unsere Fraktion versteht aber auch nicht, Kollege René Schmidt (GLP), weshalb Sie als liberaler den Konsumenten vorschreiben wollen, welchen Strommix sie zu beziehen haben, das kommt doch einer Bevormundung der Bürger gleich. Ferner muss befürchtet werden, dass bei einer vollständigen Liberalisierung des Strommarkts ein ansehnlicher Teil der Kunden, insbesondere der Grosskunden, ganz abspringt. Zur Erinnerung: In der Stadt Schaffhausen haben rund 36% der Stimmberechtigten dem Energiegesetz 2050 nicht zugestimmt, 61% waren es im Jahre 2014 bei der 2'000 Watt-Gesellschaft Abstimmung, die diese nicht unterstützt haben. Abspringende Kunden würden wohl aber auch zu einem kräftigen Umsatzeinbruch führen, was wohl Entlassungen mit sich bringen würde. Wollen Sie dies tatsächlich? Oder setzen Sie darauf, dass die Strommarktliberalisierung bis 2024 noch nicht Tatsache ist, so dass Sie die Konsumenten zum Umstieg zwingen können, insbesondere die kleinen Konsumenten? Das wären dann Methoden, wie in der seinerzeitigen DDR und davon halten wir nichts. Wir von der SVP/JSVP/EDU sind dem Volk verpflichtet. Wir vertreten die Auffassung, dass mündige Bürger selbst entscheiden sollen, was sie für die Umwelt tun wollen und was nicht.

Aus diesem Grund lehnen wir das Postulat ab, denn das wäre doppelt gemoppelt, so hat dieser Rat mit der Eignerstrategie dem Stadtrat am 20. August letzten Jahres mit 33: 1 Stimmen den Auftrag erteilt, bis spätestens 2024 soll SH POWER möglichst keine Atomenergie mehr im Strommix ausweisen. Der Auftrag für eine entsprechende Vorlage ist damit aus unserer Sicht genügend klar erteilt und deshalb braucht es dieses Postulat nicht. Wir freuen uns, dann wenn die Vorlage wieder im Rat ist, hier darüber zu diskutieren. Sie werden vermuten, dass wir ähnlich argumentieren wie heute. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit."

#### Simon Sepan (AL)

AL-Fraktionserklärung

"Es freut mich, Ihnen die Fraktionserklärung der AL zum Postulat von René Schmidt (GLP) unterbreiten zu können.

Erlauben Sie mir zuerst ein paar persönliche Vorbemerkungen. Ich bin ja noch kein

Dinosaurier in diesem Rat, aber dennoch habe ich in den letzten dreieinviertel Jahren schon ein paar Fraktionserklärungen zu verschiedenen Vorstössen abgeben dürfen. Darunter waren sehr weitsichtige, unideologisch, pragmatische Vorstösse, meistens von der linken Ratsseite, darunter waren ein paar eher unnötige Vorstösse wo man vielleicht gedacht hat, dass das Murmeltier jetzt schon einige Male gegrüsst hat. Darunter waren Vorstösse, wo sogar das Büro gedacht hat, dass diese Vorstösse unnötig sind und dann gab es Vorstösse, wo ich mich grausam aufgeregt habe, dass ich diese nicht selber geschrieben habe. Und mit genau solch einem Vorstoss sind wir heute Abend konfrontiert. Darum ein neidisches Dankeschön an Grossstadtrat René Schmidt (GLP).

Wie du in deinem Postulatstext schreibst, wäre ein 100% Strommix aus erneuerbaren Energien für SH POWER nicht eine allzu grosse Umstellung, wenn sie künftig auf Produkte mit Kern- oder Kohleenergie verzichten müsste. Preislich würde sich für den Endkunden wahrscheinlich auch nicht wahnsinnig viel verändern und in einer Zeit, in der wir uns je länger je dringender ganz grundsätzliche Fragen zu unserem Energiekonsum stellen müssen, ist es nur richtig, dass auch die Stadt Schaffhausen und ihr lokaler Stromerzeuger einen kleinen Schritt in die richtige Richtung machen. Und falls SH POWER eventuell dennoch Energie aus "nicht überprüfbaren Quellen" beziehen möchte, kann sie ja vielleicht einen Verein oder eine Stiftung gründen und die Energie dort darüber beziehen.

Kurze Rede kurzer Sinn, wir sind für die Überweisung des Postulats. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

#### Till Hardmeier (FDP)

#### FDP/JFSH-Fraktionserklärung

"Uns ist der Egalstrom nicht egal. Wir schätzen es sehr, dass der Konsument wählen kann, welchen Strommix er beziehen und auch bezahlen möchte.

Wir sind liberal und deshalb für einen Ausbau der Kundenwahlmöglichkeit, das kann man so wie bei den Fonds in der Säule 3a machen. Möchte ich 0%/25%/50%/75% oder 100% Ökostrom anbieten.

Wenn man nur noch den teureren Strom aus erneuerbaren Energien kaufen kann, heisst das konkret:

- Die privaten Haushalte und kleinen Gewerbebetriebe haben h\u00f6here Kosten. Gerade die Gewerbebetriebe haben es mit Onlinehandel, Konkurrenz aus dem EURO Raum etc. schon schwierig, die brauchen diesen unn\u00f6tigen Schlag in den R\u00fccken sicher nicht.
- Die Grosskunden können, wie der Postulant selber erwähnt, wählen, wo sie den Strom einkaufen. Wenn ihnen der Preis wichtig ist, werden sie das also nicht mehr bei SH POWER tun. Der Umsatz wird sinken, eventuell finden Entlassungen statt und damit auch die Ausschüttung an die Stadt Schaffhausen.

Dass dieser Vorstoss von einem ehemaligen Rektor der Handelsschule KV kommt, der etwas von Wettbewerb verstehen sollte, vom Markt und vielleicht von den Nöten des Gewerbes. Das verstehen wir überhaupt nicht.

Das ist eine Bevormundung des Konsumenten und nicht liberal. Eigentlich müssten Sie das "L" aus Ihrem Parteinamen streichen, weil der Vorstoss nur "grün" ist und nicht liberal. Unsere Fraktion kann einen solchen Vorstoss weder verstehen noch

unterstützen."

## René Schmidt (GLP)

## glp/Grüne/CVP/EVP-Fraktionserklärung

"Die glp/Grüne/CVP/EVP-Fraktion hat das Postulat beraten und würde die Umstellung des Stromangebots auf ausschliesslich erneuerbare Energie begrüssen. Die Fraktion erwartet eine angemessene Umsetzung in naher Zukunft.

Wenn es um den Klimaschutz geht, leisten die erneuerbaren Energien einen wichtigen Beitrag, tragen sie doch zur Reduzierung von klimaschädlichen Treibhausgas-Emissionen bei und verkleinern den ökologischen Fussabdruck.

Die glp/Grüne/CVP/EVP-Fraktion wird das Postulat vermutlich fast einstimmig erheblich erklären."

#### SR Dr. Katrin Bernath

Votum

"Ich wurde von Hermann Schlatter (SVP) direkt angesprochen. Die Vorstösse in unserer Fraktion sind auch für mich meistens eine Überraschung. Seine Vermutung ist hier völlig falsch. Ich weiss nicht, wie das bei anderen Fraktionen läuft. Noch ein Hinweis zur angeblich parteiischen Haltung des angeblich links-grünen Stadtrats. Ich erinnere daran, dass auch zwei Vorstösse von rechter Ratsseite entgegengenommen wurden. Anliegen, die bereits in der Eignerstrategie enthalten waren. Dort war es auch ein Auftrag, der bereits bestand. Hier ist es doch ein Auftrag, der einen etwas anderen Fokus hat. Ich glaube, daran muss man sich doch ab und zu auch erinnern, dass die Wahrnehmung nicht zu selektiv sein soll."

## Stadtpräsident Peter Neukomm

Votum

"Ich habe noch ein paar kleine Bemerkungen. Zuerst zu Urs Tanner (SP). Die Überprüfbarkeit von Herkunftsnachweisen wird gemäss eidgenössischer Gesetzgebung gefordert, jetzt umgesetzt und auch reguliert. Das wird in Zukunft streng werden. Da werden auch wir gefordert sein.

Dann noch zu Hermann Schlatter (SVP). Das waren Vorwürfe unter der Gürtellinie. Das ist schade. Ich werde mich nicht auf dieses Niveau begeben. Ich kann an dieser Stelle deine Vermutung zerstreuen. Es ist kein bestellter Vorstoss, wir haben das nicht nötig. Aber es ist ein Vorstoss, der natürlich offene Türen einrennt. Wie Stadträtin Dr. Katrin Bernath bereits gesagt hat, haben wir auch schon bürgerliche Vorstösse wohlwollend entgegengenommen, wenn sie offene Türen einrennen. Wir sind da nicht auf einem Auge blind und versuchen hier die Balance zu halten. Versuchen Sie nicht immer, uns in eine Ecke zu drängen. Das ist der Sache nicht dienlich.

Wenn Sie unbedingt diesen Vorstoss in der VK hätten diskutieren wollen, lieber Hermann Schlatter (SVP), warum haben Sie das nicht gesagt? Es ist in der VK nicht so, dass man als Mitglied nichts sagen darf oder die Diskussion über etwas verlangen darf. Der Vorstoss richtet sich nicht an die VK, sondern an den Stadtrat und rennt offene Türen ein, nachdem die VK schon die Eignerstrategie entworfen und verabschiedet hat, wo sie den Ausstieg aus der Atomenergie bereits beschlossen hat. In diesem Sinne widerspricht dieser Vorstoss der Eignerstrategie nicht. Sonst wäre es richtig gewesen, dass man strategische Diskussionen hätte führen müssen, aber er widerspricht den Intensionen der VK überhaupt nicht.

Immer diese Vermutungen, dass dann alle Kunden abspringen würden, wenn man hier die Umstellung auf die Ökologisierung des Stromangebots machen würde. Schauen Sie, Sie können das schon vermuten, ich lasse Ihnen Ihren Glauben, aber die Fakten sprechen eine andere Sprache. Mehr als die Hälfte der Strombezüger in der Schweiz hat heute diese Ökologisierung im Stromangebot. Es sind grosse Anbieter darunter, die diese Umstellung umgesetzt haben und sie haben keine Einbussen gehabt. Weil auch die Wirtschaft grünen Strom möchte. Sie trauen der Wirtschaft nichts zu. Die Wirtschaft will nicht billigen Dreckstrom. Wir haben viele Player aus der Wirtschaft, die bei uns bewusst grünen Strom wollen. Machen Sie nicht immer den Fehlschluss, dass die Wirtschaft keinen grünen Strom möchte. Es gibt auch hier einen Wettbewerbsvorteil in der freien Marktwirtschaft, wenn man mit grünem Strom unterwegs sein kann, auch wenn Sie sich das nicht vorstellen können.

Wenn Sie polemisch sagen, es sei wie in der DDR, dann ist die Hälfte der Schweiz jetzt in der DDR, weil das so ist. Ich finde, diese Vergleiche sind nicht zielführend, da sie nicht sachlich sind. Ich bitte Sie, hier etwas sachlicher zu debattieren. Der Vorstoss rennt offene Türen ein. Das ist richtig. Wir sind in der Stossrichtung der Eignerstrategie und wir haben unser Wohlwollen für die Entgegennahme gezeigt und auch das schon bei anderer Gelegenheit, bei Vorstössen Ihrer Fraktion. Tun Sie nicht so, als wenn wir einäugig wären. Besten Dank."

## **Hermann Schlatter (SVP)**

Votum

"Ich meine, René Schmidt (GLP), Sie haben Recht. Aber es ist doch nicht so, dass der blaue Strom von unserem Werk irgendwo versickert! Der wird konsumiert. Wenn die ganze Stadt das konsumiert, dann wird es so sein, dass andere diesen Strom aus Atomkraftwerken brauchen, weil es zu wenig grünen Strom hat. Momentan erreichen Sie für die Umwelt noch zu wenig, weil es zu wenig grünen Strom gibt. Das ist Tatsache.

Herr Stadtpräsident, ich muss schon sagen, wenn wir darüber in der VK diskutieren, ob wir eine Beteiligung von 5 Franken abschreiben sollen oder nicht, und das Thema, das wir hier jetzt diskutieren, Sie als Präsident der VK es nicht als notwendig empfinden darüber in der VK zu diskutieren, finde ich das schon etwas verwirrend.

Sie melden dem Büro des Grossen Stadtrats, dass die persönlichen Vorstösse bereit sind, dann bin ich der Meinung, dass Sie diese als Präsident der VK auf die Traktandenliste setzen und wünschen, dies zu besprechen. Es liegt doch nicht an Till Hardmeier (FDP) und mir, dies zu forcieren. Das ist Aufgabe des Präsidenten.

Sind Sie so ehrlich und sagen uns, warum die Wirtschaft diesen Strom nicht bezieht, wenn sie bereit sein soll? Erklären Sie das. Woran liegt es dann? Machen wir zu wenig Werbung dafür? Die Zahlen sind so tief und das, was sie vorgängig gesagt haben, stimmt einfach nicht. Es gibt grosse Firmen, die CO<sub>2</sub> neutral werden möchten, so zum Beispiel Microsoft. Wenn Sie aber die effektiven Zahlen anschauen, dann sind wir enttäuscht und finden es schade, dass nicht mehr von diesem Angebot Gebrauch machen. Das ist die Tatsache. Es muss uns nicht vorgeworfen werden, dass wir das nicht wollen. Es muss gefördert werden mit Aktionen und dem Kunden einen Flyer mit der Rechnung beilegen. Die EKS AG macht das."

## Mariano Fioretti (SVP)

Votum

"Zuerst muss ich etwas loswerden. Ich finde es sehr bedauerlich, dass jedes Mal, wenn ein kritisches Votum von unserem geschätzten Fraktionskollegen Hermann Schlatter (SVP) fällt, ein berechtigtes Votum, der Stadtpräsident dieses Votum disqualifiziert. Das ist sehr stossend.

Warum ist es nicht automatisiert, dass Vorstösse, welche mit SH POWER zu tun haben, zwangsläufig in diese VK gehen? Das möchte ich hier und jetzt hören. Es ist völlig absurd, dass man nachfragen sollte. Nein, Führung heisst, die Geschäfte zu planen und wenn diese mit SH POWER zu tun haben, sind diese in der VK zu traktandieren und zu besprechen. Das ist meine Meinung.

Jetzt möchte ich wirklich wissen, wie viele Haushalte beziehen diesen grünen oder blauen Strom in der Stadt Schaffhausen und wieviel Prozent macht dies aus? Da hätte ich heute gerne Zahlen dazu gehört. Vielen Dank für die Beantwortung."

#### SR Dr. Katrin Bernath Votum

"Zu zwei Punkten muss ich etwas sagen. Der eine: Warum sind es nicht mehr Haushalte, die Ökostrom beziehen? Das ist ganz klar die Wechselhaftigkeit der Konsumentinnen und Konsumenten, der privaten Haushalte. Es ist so, dass die Anteile der Kunden mit erneuerbaren Stromprodukten dort höher sind, wo das Standartprodukt erneuerbar ist. Die Preisunterschiede fallen nicht ins Gewicht und niemand kann sagen, wie hoch die eigene Stromrechnung ist. Das ist ein Hauptgrund warum das so ist, weil SH POWER bisher die Strategie hatte, wir haben ein sehr hochwertiges, erneuerbares Produkt (Clean Solution) und dafür nicht ein Standartangebot mit erneuerbaren Energien zum Beispiel Zertifikate aus Wasserkraft.

Dann noch zum Thema Angebot und Nachfrage nach erneuerbarem Strom. Das ist Lektion 1 in der Ökonomie, wenn die Nachfrage steigt, dann steigt auch das Angebot und deshalb ist es wichtig, dass man diesen erneuerbaren Strom nachfragt, beziehungsweise die Zertifikate hat. Es ist so, dass es zwei Märkte gibt. Es gibt den Markt für den physischen Strom. Der fliesst immer dorthin, wo es am nächsten ist, physikalische Gesetze. Dann gibt es den Markt für die Herkunftsnachweise und da ist es wichtig, dass mit einer erhöhten Nachfrage auch Anreize gesetzt werden, das Angebot auszuweiten."

Urs Tanner (SP) Votum

"Wir haben in der VK eine 4-er Vertretung. Ich glaube, wir sind relativ gut vertreten mit Georg Merz (Grüne), Till Hardmeier (FDP), Hermann Schlatter (SVP) und mit meiner Wenigkeit. Am 22. Januar 2020 hatten wir eine vierstündige Sitzung und wenn man es dann nicht schafft unter "Verschiedenem" etwas zu traktandieren, dann musst du aus der Kommission zurücktreten, lieber Kollege. Das kann doch nicht sein, dass wir jetzt diese Jammerei hier in den Rat bringen. Das ist peinlich. Stimmen Sie diesem Vorstoss zu und wechseln Sie Ihre Mitglieder in der VK aus, wenn Sie damit nicht zufrieden sind. Sonst sitzt du auch nicht aufs Maul, lieber Hermann Schlatter (SVP)."

## Martin Egger (FDP)

Votum

"Ich bin etwas überrascht. Es geht hier um ein Anliegen, das mehrschichtig zu positionieren ist. Ich gehöre zur Kategorie, wie du es Angela Penkov (AL) im ersten

Votum gesagt hast, zu den älteren oder langsam älteren Herren und der Zweitklassparlamentarier, weil ich weder in einer VK noch in einer Fachkommission tätig bin. Was mich schockiert ist das, was ich heute gehört habe. Es wurde eine Frage gestellt und diese wird im Moment nicht beantwortet, das ist in Ordnung.

Schlussendlich ist das Parlament das oberste Gremium und dann kommt das Volk. In den organisatorischen Strukturen ist das Parlament das legitimierte Gremium, um schlussendlich beurteilen zu können, ob ein Vorstoss überwiesen werden sollte oder nicht. Dieser Verantwortung möchte ich gerecht werden. Wenn hier in einem "Geheimkabinett" solch eine Uneinigkeit herrscht und solche Gräben vorhanden sind, bin ich nicht in der Lage darüber zu entscheiden, da wir nicht über alles Bescheid wissen, können, dürfen, müssen, weil dies geheim ist. Solche relevanten Punkte, die schlussendlich behoben werden sollten mit einem Zwang, da blutet mein liberales Herz. Ich rate dir wirklich, nimm das "L" raus, das geht so nicht. Das ist nicht liberal."

#### Stadtpräsident Peter Neukomm

Votum

"Die Verwaltungskommission wird darüber diskutieren, ob diese Zahlen publiziert werden oder nicht. Ich bin ein gebranntes Kind und sage deshalb hier nichts. Sie wissen ja alle, wer bedroht worden ist mit Strafanzeige in diesem Rat. Nicht Hermann Schlatter (SVP), sondern ich. Ich werde mich hüten, hier aus einem vertraulichen Papier zu zitieren, bevor nicht die Verwaltungskommission darüber diskutiert hat. Wir werden dann dort entscheiden, ob diese Zahlen herausgegeben werden können. Besten Dank."

#### René Schmidt (GLP)

Schlusswort

"Vielen Dank für die Diskussion. Ich hätte sie mir etwas ruhiger und sachlicher vorstellen können. Offenbar sind Nerven getroffen worden, warum auch immer. Es ist eine Situation, die in unserer Zeit ganz normal ist, dass wir uns bewegen. Die Klimasituation kann man nicht weg reden. Ich möchte hier noch ein paar Bemerkungen machen. Martin Egger (FDP) und Till Hardmeier (FDP) haben sich gefragt, was daran liberal ist. Ich weiss nicht, ob ihr wisst, wie viele Stromsorten bei SH POWER vorhanden sind. Im Moment sind es vier Stromsorten. Wenn eine Sorte, der Egal Strom wegfällt, dann sind es immer noch drei Sorten. Es ist nicht so, dass keine Wahl besteht. Sie wird sicher eingeschränkt, aber das sind kleine Bereiche. Ich habe das Gefühl, dass nicht alle wissen, dass Egal Strom nicht nur Atomstrom ist, sondern auch Kohlestrom. Deshalb verstehe ich nicht ganz, warum du, Hermann Schlatter (SVP), diesen Wegfall von Atomstrom im Jahre 2024 hinzuziehst. Es geht grundsätzlich um verschiedene fossile Situationen.

Was mich sehr verletzt hat ist die Aussage, dass es ein bestellter Vorstoss sei. Das ist ungeheuerlich. Es ist nicht so, ich habe auch keine Unterstützung bekommen. Ich bin auf verschiedene Webseiten gegangen, von EWS und wenn ich beim EW Zürich, dem Stadtwerk, reinschaue, dann kommt als erstes "Wir haben nur erneuerbaren Strom". Das hat mich angesprochen. Ursprünglich wollte ich die Strompreise vergleichen. Das war meine Idee, vor allem die Einspeisung und dann bin ich auf die jetzige Idee gekommen. Das ist mit niemandem abgesprochen worden.

Ich danke, wenn Sie diesen Weg gehen und "Tschüss Egalstrom" bei SH POWER sagen. Das wäre eine gute Tat. Besten Dank."

## **SCHLUSSABSTIMMUNG (ABSTIMMUNG NR. 3)**

Das Postulat wird vom Grossen Stadtrat in der Schlussabstimmung mit 17:15 Stimmen als erheblich erklärt.

Das Geschäft ist somit erledigt.

## SCHLUSSMITTEILUNGEN DER RATSPRÄSIDENTIN

Während der Sitzung sind folgende Vorstösse eingegangen:

- Kleine Anfrage Monika Lacher (SP): Finanzielle Unterstützung für pflegende Angehörige.
- Postulat Matthias Frick (AL): Plakatierung auf öffentlichem Grund.
- Postulat Dr. Nathalie Zumstein (CVP): Trennung von Fuss- und Fahrwegen.

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 3. März 2020, 18.00 Uhr statt.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Die Ratspräsidentin beendet die Sitzung um 20:37 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Sandra Ehrat

Schaffhausen, 11. März 2020 saneh